

ZUKUNFT 06

2010

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Steuermythen im Lichte
der Budgetkrise**

Christopher Berka

**Afrika: Von der Reaktion
zur Prävention**

Jan Pospisil

**Fußballproduktion:
Das vielschichtige Foul**

Ines Zanella

**Halb leer
oder halb voll?**

Tobias Dürr

4,50 Euro P.b.b. GZ 02Z038388 M. Verlagspostamt 1010 Wien, Nr. 06

AFRIKA SCOORT!

TROPENMUSEUM AMSTERDAM

PLUS AKZENTE.

Editorial

Mit einer deutlichen Profilschärfung geht die SPÖ in ihren ordentlichen Bundesparteitag am 12. Juni 2010. In bislang ungekannter Konfrontationsbereitschaft wehrt sich die Regierungsfraktion in den letzten Wochen gegen die permanenten Versuche der ÖVP, Fakten zu schaffen und budgetär begründeten Sozialabbau zu betreiben. Es bleibt zu hoffen, dass der rhetorischen Aufrüstung die praktische Durchsetzungskraft folgt. Denn bei den Landtagswahlen im Herbst wird es wohl auch darauf ankommen, ob die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung auf Bundesebene für die Wählerinnen und Wähler praktisch wahrnehmbare, positive Ergebnisse mit sich bringt.

Noch wichtiger wird aber die Budgeterstellung im Herbst sein: Der beschlossene Budgetrahmen und die damit implizierten dramatischen Budgetkürzungen drohen jeglichen sozialdemokratischen Akzent in der Bildungs- und Sozialpolitik zu verhindern. Hier wird es wohl noch des Kampfgeists bedürfen, der im Vorfeld des Bundesparteitages zur Schau gestellt wurde, um nicht in die schwarze Budgetfalle zu tappen. Teil der sozialdemokratischen Profilschärfung soll ja auch das Projekt »Österreich 2020« sein, das im Zuge des Parteitages erste Zwischenergebnisse präsentiert hat. Diese werden wir auch in den kommenden Ausgaben der ZUKUNFT näher beleuchten.

Die schon angesprochene Budgeterstellung im Herbst wirft derweil ihre Schatten in Form verschärfter steuerpolitischer Kontroversen voraus. **Christopher Berka** nimmt das zum Anlass, einige **Mythen** steuerpolitischer Auseinandersetzungen aufzuarbeiten.

Caspar Einem widmet seine Kolumne »Fragen über Fragen« dem Thema **Griechenland** und warum es unter den aktuellen **wirtschaftspolitischen Bedingungen der EU** vorteilhafter ist als US-Bundesstaat pleite zu gehen als als Mitgliedsland der Europäischen Union.

Der Anpfiff der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika hat natürlich auch die ZUKUNFT bewegt und (nicht nur) die Bildstrecke dieses Heftes geprägt: **Jan Pospisil** resümiert die Potsdamer Frühlinggespräche, die die **Rolle afrikanischer**

Regionalorganisationen beim Umgang mit Schocks und Krisenerscheinungen zum Thema hatten. Der Beitrag von **Karl Semlitsch** handelt von **Mato Oput**, einem Versöhnungsritual in Norduganda.

Ines Zanella nutzt die Gelegenheit der WM, um auf ein Thema aufmerksam zu machen, an dem die Südwind-Agentur das ganze Jahr arbeitet: Unerträgliche **Arbeitsbedingungen** in der **globalen Sportindustrie** und was dagegen unternommen werden kann.

Wie angekündigt widmen wir uns im Juni-Heft aber auch dem Ausgang der britischen Unterhauswahlen im Mai und ihren Folgen.

Wie es die **Konservativen** unter **David Cameron** geschafft haben, aus der »nasty party« wieder eine **wählbare Partei** der Mitte zu machen, analysiert **Stefan Wally** in seinem Beitrag. Seine These: Reform und Durchsetzungskraft wurde der von Labour versprochenen Stabilität vorgezogen. Ergänzend dazu untersucht Ludwig **Dvořak** Ursachen und **Auswirkungen des Wahlausgangs aus Sicht der Labour Party**. Obwohl im Rennen um den Parteivorsitz ausschließlich Kandidaten Chancen haben, die Teil von »**New Labour**« waren, stehe das Projekt nach der Wahlniederlage im Mai auf dem **Prüfstand**.

In der Rubrik »Sozialdemokratie mit Zukunft« geht **Tobias Dürr** der Frage nach, welche Bedeutung der **Fort-schrittsbegriff** im politischen Prozess und insbesondere für die **Sozialdemokratie** habe.

Nach den **Büchertipps** stehen die Überlegungen von **Markus Marterbauer** zur **Rolle von Wissenschaftern** in Budgetkontroversen am Ende der Juni-Ausgabe. Darin zeigt er auf, wie sich Wissenschaftler vor den Karren konservativer Umverteilungsstrategien spannen lassen.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!

AFRIKA SCOORT!

TROPENMUSEUM AMSTERDAM



POSTER BEELD AFRIKA SCOORT! | FOTOGRAFE: SIMONE SCHOLTZ

Inhalt

- 6 **Steuermythen im Lichte der Budgetkrise**
Von Christopher Berka
- 10 **EU: Sind die Staatschefs nun bereit, zu lernen?**
FRAGEN ÜBER FRAGEN von Caspar Einem
- 11 **AFRIKA SCOORT!** Tropenmuseum Amsterdam
- 14 **Afrika: Von der Reaktion zur Prävention**
Von Jan Pospisil
- 19 **Mato Oput**
Von Karl Semlitsch
- 22 **Fußballproduktion: Das vielschichtige Foul**
Von Ines Zanella
- 25 **AFRIKA SCOORT!** Tropenmuseum Amsterdam
- 28 **Wie Konservative die Mitte erobern können**
Von Stefan Wally
- 31 **AFRIKA SCOORT!** Tropenmuseum Amsterdam
- 32 **Next Labour?**
Von Ludwig Dvořak
- 37 **AFRIKA SCOORT!** Tropenmuseum Amsterdam
- 40 **Halb leer oder halb voll?**
Von Tobias Dürr
- 46 **AFRIKA SCOORT!** Tropenmuseum Amsterdam
- 48 **Buchtipp**
Sachliches und Belletristisches
- 50 **Wissenschaft und Umverteilung**
SCHLUSSWORT von Markus Marterbauer

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, manfred.lang@spoe.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.ª Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.ª Dr.ª Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Ludwig Dvořak (geschäftsführend). **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Bernhard Bauer, Mag.ª Elisabeth Felbermair, DSA Senad Lacevic, Mag.ª Alexandra Pernkopf, Armin Puller, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.ª Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag. Artur Streimelweger, Mag. Peter Walder **Art Direction:** Gábor Békési. **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt. **Coverfoto:** Elephants play football too | Foto: Stephen Mudiari / Africa Media Online

Steuermythen im Lichte der Budgetkrise

STEUERPOLITIK Eine Bewertung verschiedener Steuerreformvorschläge, die auf Fakten, nicht auf Halbwahrheiten, Bauchgefühlen oder Mythen basiert, wäre angesichts der bevorstehenden, massiven Budgetkonsolidierung äußerst wünschenswert. Interessensvertretungen werden in den nächsten Monaten aber wohl wieder ihre Apologeten aussenden, um Stimmung gegen verschiedene Reformoptionen zu machen, die ihr Klientel tangieren – von Christopher Berka.

Bei öffentlichen Steuerreformdebatten geht es nicht um eine Abwägung von Pro und Contra, um die Diskussion von verteilungs- oder aufkommenspolitischen Implikationen, sondern vielmehr um Abwehr. Es geht um eine Verteidigung der Wertehaltung bzw. der Interessen des eigenen Klientels. Dabei ist die Darlegung der persönlichen Meinung durch PolitikerInnen nicht nur legitim, sondern auch wünschenswert. Wie sonst könnten die Menschen eine Entscheidung darüber treffen, ob sie eine bestimmte Wertehaltung unterstützen möchten oder eben nicht und dieser Meinung in demokratischen Wahlen Ausdruck verleihen.

Dies bedeutet aber nicht, dass es legitim ist – ohne jegliche Kenntnis und weit abseits von Tatsachen und Fakten über Steuerreformvorschläge – zu diskutieren. Dazu zunächst einen Blick auf ein paar weit verbreitete Steuermythen und die Argumentation ihrer Apologeten.

Mythos 1

Im Zuge der Budgetsanierungsdebatte wurde ein 7-Punkte Programm der SPÖ vorgelegt, welches auch die Erhöhung von vermögensbezogenen Steuern vorsieht. Eine weit verbreitete Argumentation gegen solche Maßnahmen lautet: »Vermögensbezogene Steuern bringen nichts ein.« Oder Bernhard Felderer (Chef des IHS) im »Presse«-Interview mit F. Schellhorn vom 24.06.2009: »Es wird aber wohl auch unvermeidlich sein, die eine oder andere Steuer zu erhöhen. Damit meine ich nicht die Vermögenssteuer; die bringt so wenig, dass ihr nur eine marginale Rolle zukommt. Infrage kommen nur Massensteuern.«

Dass vermögensbezogene Steuern generell unergiebig sind, ist schlicht und ergreifend falsch. Tatsächlich hängt die fiskalische Wirkung (wie bei jeder Steuer) bloß von der Wahl der Bemessungsgrundlage und des Steuersatzes ab. Gerade die angelsächsischen Länder zeigen, dass höhere Steuern auf Vermögen bei gleichzeitiger Entlastung von Arbeit und Verbrauch (Umsatzsteuer) eine reine Frage des politischen Willens sind. Dass vermögensbezogene Steuern in Österreich nichts einbringen liegt daran, dass es kaum welche gibt und wenn doch, die Bemessungsgrundlagen für diese Steuern sehr niedrig sind bzw. im Fall der Grundsteuer nicht den Marktpreisen entsprechen.

Der OECD Vergleich zeigt deutlich, dass Österreich bei den vermögensbezogenen Steuern eher Schlusslicht ist, während die Steuern auf Arbeit und Konsum innerhalb der OECD vergleichsweise hoch sind. Der Anteil von SV-Beiträgen und Steuern auf Güter und Dienstleistungen liegt in Österreich bei 63,1%, im OECD-Schnitt lediglich bei 58,2%. Bei vermögensbezogenen Steuern ist es umgekehrt – ihr Anteil liegt in Österreich bei 1,3%, im OECD-Schnitt jedoch bei 5,6% (vgl. OECD 2006). Diese Steuerstruktur ist weder Gott gegeben noch (ausschließlich) von externen Sachzwängen determiniert, sondern politisch gestaltbar.

Mythos 2

Auch eine Erhöhung der Umsatzsteuer zum Zwecke der Budgetkonsolidierung ist immer wieder im Gespräch. Ironischerweise wird trotz dieser Überlegungen immer wieder folgende Behauptung aufgestellt: »Die unteren Einkommen zahlen keine Steuern! Wer mehr verdient zahlt viel mehr Steuern!«

Dieser Mythos besagt generell folgendes: Das Steuer- und Abgabensystem in Österreich verteilt stark von oben nach unten um. Mit steigendem Einkommen nimmt schließlich die Steuerbelastung zu. Viele Menschen würden überhaupt keine Steuern zahlen, da sie zu geringe Einkommen erzielen.

Dabei wird vernachlässigt, dass die Lohn- und Einkommenssteuer nicht die einzige Abgabe in Österreich ist. Vielmehr nehmen Umsatzsteuer und Sozialversicherungsbeiträge bereits aus rein fiskalischen Gesichtspunkten eine unheimlich wichtige Bedeutung ein (siehe OECD 2006). Sie weisen jedoch eine gänzlich andere (Um)Verteilungswirkung als die Einkommenssteuer auf. Bei diesen beiden Abgaben werden GeringverdienerInnen, in Relation zu deren Einkommen, stärker belastet als Hocheinkommensbeziehende. Nur der Blick auf das Gesamtsystem kann daher eine Einschätzung dazu liefern, welche Einkommensgruppen wie stark belastet werden.

Alois Guger (1996) hat zu diesen Fragestellungen bereits im Jahre 1996 eine Studie veröffentlicht in der er zum Schluss kam, dass die staatliche Einnahmenseite keine Umverteilungswirkungen entfacht. Vor kurzem erschien die Studie in einer Neufassung, an der Situation allerdings hat sich nichts geändert. Dies soll Abbildung 1 illustrieren.

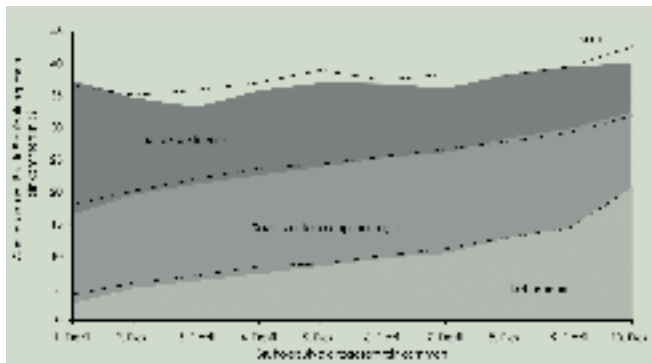


Abbildung 1: Belastung durch Steuern und Abgaben in Österreich nach Dezilen, Quelle: Guger (2009)

Es wird deutlich, dass die regressive Wirkung von SV-Beiträgen und Umsatzsteuer das progressive Moment der Lohn- und Einkommenssteuer praktisch gänzlich aufhebt. Die Gesamtbelastung mit Steuern und Abgaben ist in Österreich somit für alle Einkommensgruppen in etwa gleich hoch.

Oft wird argumentiert, dass bei einer Erhöhung der Umsatzsteuer alle Menschen im gleichen Maße zur Krisenbewältigung beitragen würden. Dies trifft jedoch ebenso wenig zu. Sollte die Umsatzsteuer zur Budgetsanierung eingesetzt werden, bedeutet dies für Menschen im unteren Einkommensbereich eine stärkere Belastung. Dabei handelt es sich um jene Gruppen, die aufgrund der Krise ohnehin bereits von (drohender) Arbeitslosigkeit betroffen sind. Eine solche Konsolidierungsmaßnahme wäre also gleichbedeutend mit einer Umverteilung von Unten nach Oben.

Mythos 3

Neben der Erhöhung vom vermögensbezogenen und indirekten Steuern wird gelegentlich vorgeschlagen, Hocheinkommensbeziehende stärker in die Pflicht zu nehmen. Oftmals wird diese Forderung mit folgendem Argument abgeschmettert: »LeistungsträgerInnen werden mit 50% besteuert.«

Argumentiert wird hier, dass LeistungsträgerInnen in Österreich sehr hoch belastet sind, existiert doch ein Spitzensteuersatz von 50%. Zunächst wird dieser Irrglaube dadurch erzeugt, dass man weder zwischen Grenz- und Durchschnittsabgabensatz noch zwischen effektiven und nominellen Abgabensätzen unterscheidet. So stimmt es zwar, dass das EStG einen nominellen Spitzensteuersatz von 50% kennt, dieser betrifft aber lediglich Einkommensanteile, die über der höchsten Progressionsstufe von derzeit 60.000 Euro liegen. Benchmark für die relative Belastung kann nur der durchschnittliche Abgabensatz sein. Dieser umfasst bei Lohneinkommensbeziehenden sowohl SV-Beiträge als auch den Steuerabzug vom Bruttolohn. Zusätzlich müssen steuerliche Ausnahmeregelungen beachtet werden, die dazu führen, dass effektiver und nomi-

ner Steuer- bzw. Abgabesatz auseinanderfallen können. In Österreich wird aufgrund der Steuerbegünstigung des 13. und 14. Gehalts (sowie der Freibetragsregelung für Nicht-Lohn-einkommensbeziehende) der effektive Spitzensteuersatz auf 43,7% reduziert.

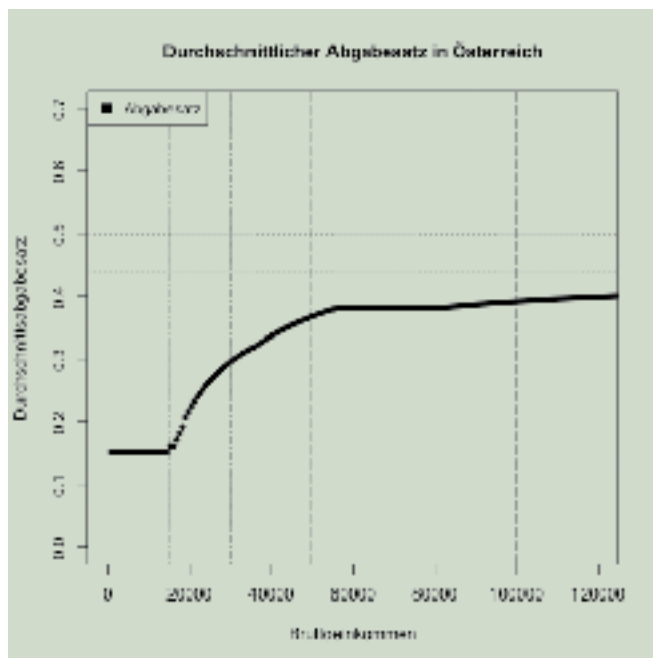


Abbildung 2: Verlauf des durchschnittlichen Abgabesatz für ArbeitnehmerInnen in Österreich, Quelle: Eigene Berechnungen

Bei der Betrachtung des Verlaufs des durchschnittlichen Abgabesatzes in Abbildung 2 fällt auf, dass dieser ab einem Bruttojahreseinkommen von 50.000 Euro praktisch nicht mehr ansteigt. Menschen mit einem Einkommen von 50.000 Euro haben eine durchschnittliche Abgabenlast von ca. 38% zu tragen. Bei einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro beträgt die Gesamtbelastung in etwa 40%. Die Einkommensverdoppelung führt lediglich zu einer marginalen Erhöhung der relativen Abgabenlast. Bei den niedrigeren Einkommen stellt sich die Situation anders dar: Zwischen Jahresbruttoeinkom-

men von 15.000 und 30.000 Euro klettert die Durchschnittsbelastung von 21% auf 31%. Dabei muss bedacht werden, dass sich rund 30% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Einkommensbereich zwischen 15.000 und 30.000 Euro befinden. Lediglich 12% hingegen beziehen Einkommen von mehr als 50.000 Euro im Jahr.

Selbst wenn man vom höchsten nominellen Grenzsteuersatz als Benchmark für »LeistungsträgerInnen« ausgeht, muss zunächst die Frage erlaubt sein, wie viele Menschen tatsächlich von diesem betroffen sind. Die oben erwähnte Progressionsstufe von 60.000 Euro bezieht sich nicht auf den Bruttoverdienst sondern, auf die Bemessungsgrundlage. Diese beiden Größen unterschieden sich gerade in Österreich durch die SV-Beiträge sowie steuerliche Ausnahmen (Sechstelbegünstigung) grundlegend voneinander. Kurios, dass viele Menschen dadurch meinen, sie würden den Spitzensteuersatz zahlen, obwohl dies gar nicht der Fall ist.

Jüngst ergab sich die Gelegenheit in einer meiner Lehrveranstaltungen an der WU Wien, StudentInnen über ihre Einschätzung zum Spitzensteuersatz zu befragen. Nach Einschätzung der SeminarteilnehmerInnen, wären in Österreich rund 15 bis 20% der Erwerbstätigen vom Spitzensteuersatz betroffen.

Tatsächlich bleiben unter Einrechnung der Selbstständigen und unter Ausschluss aller Pensionistinnen und Pensionisten lediglich 3,2% der Erwerbstätigen übrig, die tatsächlich vom Spitzensteuersatz betroffen sind. Man benötigt ein Monatsbruttoeinkommen von etwa 5.700 Euro um zu dieser Gruppe zu gehören. Hier drängt sich die Frage nach der Definition des Begriffs »LeistungsträgerInnen« auf. Sind dies tatsächlich nur jene 3,2% der Erwerbstätigen, die den Spitzensteuersatz zahlen?

Die effektive Besteuerung von Spitzeneinkommen in Österreich liegt deutlich unter 50%. Darüber hinaus steigt die

zusätzliche Belastung ab einem Jahresbruttoeinkommen von 50.000 Euro aufgrund der Höchstbeitragsgrundlage innerhalb der Sozialversicherung sowie der steuerlichen Begünstigung des 13. und 14. Gehalts, im Gegensatz zum unteren Einkommensbereich, nicht mehr stark an. Die Progression am oberen Ende der Verteilung wird somit stark abgemildert.

DIE WIRKUNG VON STEURMYTHEN


Die Verbreitung von Steuermythen in der Öffentlichkeit hat für die politische Debatte mehrere Konsequenzen.

- 1) Je länger und konsequenter ein Mythos an die Öffentlichkeit kommuniziert wird, desto schwieriger gestaltet sich progressive Aufklärungsversuche.
- 2) Ab einem bestimmten Zeitpunkt wird es für PolitikerInnen konsequenterweise opportun gegen die Interessen ihres eigenen Klientels zu handeln. Wenn die Menschen beispielsweise glauben oder fürchten von einer Nachlasssteuer betroffen zu sein, obwohl dies für 98% gar nicht der Fall ist, dann spricht man dieses Thema lieber gar nicht erst an, oder schlimmer noch: Man spricht sich sogar für die Abschaffung bzw. gegen die Wiedereinführung einer Nachlasssteuer aus (siehe dazu das Beispiel der Nachlasssteuer in den USA von Martin Schürz in Die Zukunft 04/2010).
- 3) Ist das Szenario aus Punkt 2 erst einmal eingetreten, gestalten sich progressive Aufklärungsversuche noch schwieriger. Der Mythos wird durch seine Ausbreitung durch anerkannte politische Persönlichkeiten von der Allgemeinheit als Wahrheit akzeptiert.

Ein Teufelskreislauf ist entstanden, an dessen Ende politische EntscheidungsträgerInnen nicht mehr im Interesse jener Menschen handeln, die sie eigentlich vertreten sollten/wollten. Der Mythos hat sich durchgesetzt, die Apologeten haben gesiegt.

Nicht nur in Steuerfragen spielen Mythen eine wichtige Rolle, auch in anderen Bereichen wie Kriminalität, Migration oder Außenpolitik werden sie zur Massenbeeinflussung eingesetzt.

Eine faktenbasierte Auseinandersetzung stellt keine Garantie für die Nicht-Entstehung von Mythen dar, sie kann deren Evolution aber erheblich erschweren.

Im Zuge der bevorstehenden Steuererhöhungen in Österreich stehen Diskussionen bevor, die vermutlich mit Halbwahrheiten und zahlreichen Mythen gespickt sein werden. Dabei sind die, in diesem Artikel beschriebenen, Mythen lediglich exemplarisch angeführt worden. Es existieren viele weitere Mythen, die verschiedenste Steuern und Abgaben in Österreich betreffen. Eine Hilfestellung zur geistigen Selbstverteidigung gibt die Homepage www.steuermymthen.at, die mit 1. Juli 2010 online gehen wird. 

CHRISTOPHER BERKA
ist Volkswirt in Wien.

QUELLEN

- Berka, C., S. Humer und M. Moser (2009)**, »Verteilungswirkungen der staatlichen Einnahmenseite am Beispiel des österreichischen Sozialversicherungs- & Lohnsteuersystems. Simulation von Reformvorschlägen auf Basis einer 1 Prozent Stichprobe der Lohnsteuerstatistik 2006.« WU Wien, Diploma Thesis. | **Berka, C., S. Humer und M. Moser (2008)**, »Verteilungspolitische Implikationen der steuerlichen Begünstigung des 13. und 14. Monatsgehalts.« In Kurswechsel 3/2008, S. 86-94. | **Guger, A. et al (2009)**, »Umverteilung durch den Staat in Österreich« WIFO, Wien. **Guger, A. (1996)**, »Umverteilung durch öffentliche Haushalte in Österreich.« WIFO, Wien. | **OECD (2006)**, Revenue Statistics. OECD Publications, Paris. | **Die Presse vom 24.06.2009**, Interview mit Bernhard Felderer, »Höhere Mehrwertsteuer fürs Budget«, <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/489982/index.do> **Schürz, M. (2010)**, »Die Erben – eine geschützte Minderheit«, in: Die Zukunft 04/2010 | **Statistik Austria (2010)**, Lohnsteuerstichprobe 2009, Integrierte Lohn- und Einkommenssteuerstichprobe 2006

EU: Sind die Staatschefs nun bereit, zu lernen?


Verbissene EU-Zentralisten, wie ich einer bin, haben immer schon gesagt, dass die Konstruktion der Währungsgemeinschaft, bloß ausgestattet mit einer Europäischen Zentralbank, deren Hauptaufgabe die Inflationsbekämpfung ist, unvollständig und daher unbefriedigend ist. Alles spricht dafür, dass die Zentralbank unabhängig von der jeweiligen Regierung sein muss, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Aber nichts spricht dafür, dass sie kein wirtschaftspolitisches und budgetpolitisches Gegenüber hat. Das ist eine einzigartige Lösung, die es so nur in der Europäischen Union gibt. Und das macht die Union in Krisensituationen verwundbar – allein schon deshalb, weil sie viel zu lange braucht, um zu reagieren. Solange aber jeder Zwerg, der daheim Staats- oder Regierungschef ist, seine eigenen Lösungsmuster verfolgen bzw. verteidigen darf, dauert es eben seine Zeit, bis alle Zwerge sich zu einer gemeinsamen Lösung bequemen. Und das kann bei ordentlichen Krisen zunächst einmal sehr viel Geld kosten.

Nun ist der erste Schritt in der Löschaktion für Griechenland getan. Es ist aber wirklich bloß der erste und er hat nicht wirklich eine starke Perspektive. Denn wenn Griechenland nun all die Einsparungen vornimmt, die es beschlossen hat und die auch Bedingung für Finanzierungslösung waren, dann muss es in Griechenland zu einer massiven Rezession kommen.

Es sind keinerlei Anreize für einen wirtschaftlichen Aufschwung mehr da. Von Regierungsseite sind keine Investitionen zu erwarten, von den Konsumenten sind nur Einschränkungen der Konsumausgaben zu erwarten und die griechische Wirtschaft war schon bisher nicht sehr konkurrenzfähig im Export und mit dem Euro bleibt Griechenland für Touristen relativ teuer. Wo also soll der Aufschwung herkommen, der es erlauben würde den kranken Mann an der Peloponnes gesunden zu lassen – was die Voraussetzung dafür wäre, dass die horrenden Schulden zurück gezahlt werden könnten?

In der *Herald Tribune* vom 8./9. Mai 2010 geht der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugmann dem gern gebrauchten Vergleich zweier Pleitestaaten – Griechenland und Kalifornien – nach und zeigt den Unterschied: Kalifornien ist zwar überschuldet, aber immer noch ein Teil der USA. Und wenn Kalifornien an allen Enden Ecken sparen muss, dann gibt es noch immer die Leistungen, die von der Bundesebene für Kalifornien und in Kalifornien erbracht werden und die zumindest erlauben, dass Kaliforniens Bürger weiter ihre Gesundheits- und Altersversorgung haben, dass für die äußere Sicherheit gesorgt wird und dass ein Großteil der Einkommen nicht geschmälert werden, die letztlich für die Konsumausgaben und damit für die Wirtschaftsentwicklung entscheidend sind. Das alles gibt es in Griechenland nicht, weil in der EU jeder Zwerg seinen eigenen Weg gehen muss. Aber muss er wirklich?

Wäre es nicht aus mehr als einem Grund sinnvoll, jene Leistungen, die in Wahrheit allen in der EU zugute kommen, würden auch gemeinsam finanziert? Welche Leistungen? Naja, ein unter Sozialdemokraten zwar nicht gerade beliebtes Feld wäre die Landesverteidigung. Welchen Sinn macht es denn, wenn jeder Staat seine Armee unterhält, als ob rundherum potentielle Feinde wären? Wir brauchen insgesamt weniger Militär, aber das brauchen wir zur gemeinsamen Verteidigung. Und da ließen sich schon noch ein paar Felder finden, die besser gemeinsam als getrennt verwaltet und finanziert werden könnten. Im Falle Griechenlands wäre das aber zugleich die Chance, den Bürgern jetzt nicht alles und zudem die Perspektive zu nehmen.

Wäre das eine Lektion, die jetzt gelernt werden könnte? Vielleicht sogar aus Eigennutz, damit die Schulden irgendwann beglichen werden? 

CASPAR EINEM
ist Chefredakteur der Zukunft.



SAMUEL ETO'O

PAINTING OF SAMUEL ETO'O, FROM THE CAMEROONIAN NATIONAL SOCCER TEAM. PAINTED IN 2010 BY ISAAC OTCHERE. OIL PAINTING ON CANVAS, 90 X 160 CM.

AFRIKA SCOORT!

TROPENMUSEUM AMSTERDAM

12. Juni bis 22. August 2010
Linnaeusstraat 2, Amsterdam
tropenmuseum@kit.nl
www.tropenmuseum.nl





Afrika: Von der Reaktion zur Prävention

SCHWERPUNKT Im Mittelpunkt der von der »Stiftung Entwicklung und Frieden« (SEF) gemeinsam mit dem Renner-Institut veranstalteten diesjährigen Potsdamer Frühlinggespräche stand die Rolle afrikanischer Regionalorganisationen beim Umgang mit Schocks und Krisenerscheinungen – ein Tagungsresümee von Jan Pospisil.

Die Rolle afrikanischer Regionalorganisationen beim Umgang mit Schocks und Krisenerscheinungen: Eine höchst aktuelle Thematik, wie Siegmund Schmidt von der SEF in seinem Einleitungsstatement vor allem in Hinblick auf die Finanz- und Klimakrise meinte; zudem auch eine große Chance: schließlich hätte Afrika gerade bei der Finanzkrise bemerkenswerte Adaptionsfähigkeiten bewiesen, so wäre es zu keiner nachhaltigen Destabilisierung der politischen Systeme in Afrika in Folge der Krise gekommen. Zudem wäre der Klimawandel nicht nur ein Aspekt der politischen Agenda für Afrika, sondern – im Gegensatz zu den Industriestaaten – eine Frage des Überlebens. Eine starke Rolle der Regionalorganisationen sei damit unabdingbar.

DER BESTE SCHUTZ

Djimadoum Mandekor, Senior Economist der Afrikanischen Union, bestätigte die Beobachtungen von Schmidt auch aus der Innensicht. Grundsätzlich hätte die Finanzkrise zu schnellen und konsensualen Entscheidungsprozessen geführt, die garantiert hätten, dass die Wachstumsraten trotz der Krise im positiven Bereich blieben. Dennoch gäbe es einige wichtige Lehren, die gezogen werden müssten: Die wohl entscheidendste Herausforderung liege in der Diversifizierung der Ökonomien und einer Abkehr von der Förderung eines primär exportorientierten Agrarsektors. Gerade das Beispiel Äthiopien (mit Wachstumsraten von 6% mitten in der Krise) beweise, dass hinreichend diversifizierte Ökonomien der beste Schutz gegen die potentiell desaströsen Wirkungen internationaler Krisenprozesse seien. Die zweite wichtige Lehre betreffe das afrikanische Finanzsystem: dieses würde bessere Governance be-

nötigen, zugleich wären mehr Ressourcen für Organisationen wie die *African Development Bank* (AfDB) wünschenswert.

ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN

In Bezug auf den Klimawandel wären wesentliche strukturelle Adaptionsprozesse unvermeidbar, deren Kosten sich nach aktuellen Schätzungen im Bereich von 10 bis 15% des afrikanischen BIP bewegen würden. Diesbezüglich sei insbesondere die Rolle der NEPAD hervorzuheben, die einen Entwicklungsplan zum Umgang mit den Wirkungen des Klimawandels erarbeitet hat. Hier ist neben Prozessen des Capacity Building vor allem die Einrichtung eines »green climate fund« vorgesehen, der eine wesentliche Funktion bei der Finanzierung notwendiger Maßnahmen spielen könnte.

In seinem Kommentar unterstreicht der Afrika-Direktor des deutschen BMZ, Thomas Albert, die Eindrücklichkeit, mit der die afrikanischen Staaten die Finanzkrise verarbeitet hätten. Dennoch sieht er drei zentrale Herausforderungen auf den Kontinent zukommen: (1) Die Intensität und das Volumen des inner-afrikanischen Handels sei zu niedrig, und die gegenwärtigen Trends würden sogar noch darauf hinweisen, dass mit weiteren Rückgängen zu rechnen sei; (2) die große Zahl an afrikanischen Regionalorganisationen – gegenwärtig an die 40 – würde zu überlappenden Mitgliedschaften führen, die die Effizienz der Arbeit und die Zielorientierungen der Organisationen stark einschränken würden; (3) die Kohärenz zwischen lokaler, nationaler und regionaler Ebene sei schwach ausgeprägt, wie auch innerhalb der Europäischen Union käme der Arbeit an der Ausgestaltung des dafür grundlegenden Subsidiaritätsprinzips eine Schlüsselrolle zu.

Die Diskussion der Beiträge fokussiert primär auf das Wachstumsparadigma, das darin zum Ausdruck kam, und stellt in Frage, ob es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen diesen Wachstumswerten und der realen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut gäbe. Mandekor bestätigt das Problem, verortete dessen Ursachen aber vor allem auf zwei Ebenen. Einerseits wäre der Privatsektor in Afrika generell schwach entwickelt, was insbesondere auf die derzeit ungenügenden Finanzierungsmöglichkeiten und Finanzierungsprogramme zurückzuführen sei. Andererseits sei die schlechte Infrastruktur ein schweres Hemmnis, weil darunter gerade der innerafrikanische Handel wesentlich leiden würde.

NICHT AUSREICHEND

Youba Sokona von der NGO *Sahara and Sahel Observatory* (OSS) verweist in seinem engagierten Beitrag vor allem darauf, dass eine reine Adaption an die Folgen des Klimawandels nicht ausreichend sein werde. Es gäbe auch die Notwendigkeit, den Wandel selbst durch verschiedene Maßnahmen abzuschwächen, wobei hier vor allem die Verursacher, also die Industriestaaten, gefordert wären. Die globale Herausforderung Klimawandel müsse so in einer internationalen Arbeitsteilung münden, in der LDCs vor allem im Bereich Adaption, die Industriestaaten vor allem im Bereich der Schadensminderung aktiv sein müssten. Für einen erfolgreichen Adaptionsprozess wäre es allerdings notwendig, aus einem reaktiven Handeln auszubrechen – dabei liege auch das Schwergewicht der Rolle von Regionalorganisationen, insbesondere in den Bereichen Datensammlung, Wissensgenerierung und Information.

Richard Odingo von der Universität Nairobi unterstützt diese Sichtweise – 60% der gesamtafrikanischen Emissionen kämen aus Südafrika, womit sich schon die marginale Rolle afrikanischer Staaten im globalen Vergleich zeige. Dennoch wären afrikanische Staaten, etwa über den Prozess der zunehmenden Ausbreitung der Wüsten, unmittelbar getroffen. Zentrale Aufgabe wäre die Entwicklung »Nationaler Aktionspläne zur Adaption«, da die bestehende Infrastruktur zum Umgang

mit den Folgen des Klimawandels für einen Kontinent, der die Hauptlast der Wirkungen zu tragen hätte, vollkommen inadäquat seien.

Diese nationale Herangehensweise wird in der Diskussion insbesondere von Henning Melber (Dag Hammarskjöld Stiftung, Uppsala) in Frage gestellt. Sich verknappende Ressourcen wie Wasser stellten regionale Probleme dar, ein rein nationaler Umgang würde hier bedeutendes Konfliktpotential bergen. Auf der anderen Seite wäre es, so Melber, naiv zu glauben, dass Afrika mit einer Stimme sprechen könnte, wie das Auftreten der afrikanischen Staaten beim Klimagipfel in Kopenhagen (wo Sudan als Sprecher der G77 um China eine Gegenposition zu den meisten anderen Staaten, in der Gruppe der LDCs mit Äthiopien als Sprecher, einnahm) gezeigt hätte. Diese Einschätzung wird grundsätzlich von Sokona bestätigt, der auf darauf verweist, dass es bislang kein gemeinsames afrikanisches Dokument zum Klimawandel und der Bekämpfung seiner Folgen gäbe.

MEHR KOOPERATION

Lambert Bamba, Kommissar für Makroökonomie bei der *Economic Community of West African States* (ECOWAS), liefert dabei einen ersten Kontrapunkt zu den bislang sehr optimistischen Einschätzungen hinsichtlich der Rolle der Regionalorganisationen beim Umgang mit der Finanzkrise. Insbesondere im Bereich von ECOWAS habe die Krise die afrikanischen Staaten vor allem mittelbar in Form von Rückgängen der internationalen Investitionen und der ODA-Mittel sowie geschrumpften Auslandsüberweisungen getroffen. Die Reaktion darauf wäre vor allem von Überlebensinstinkten geprägt gewesen und hätte zwischen den Staaten und Regionen stark variiert. Bamba zieht daher drei wesentliche Schlüsse aus dem Umgang mit der Finanzkrise: (1) Die vorwiegend nationalen Reaktionen zeigten, dass die regionale Ebene – in Bezug auf Ressourcen, aber auch in Bezug auf Kapazität – noch nicht entsprechend der Herausforderungen ausgestattet wäre. Ein angepasstes Funding-Schema für Regionalorganisationen täte

hier Not. (2) Die gesetzten Schritte, etwa von ECOWAS, hätten unterschiedliche Auswirkungen gehabt – die Entwicklung entsprechender Interventionsinstrumente wäre daher dringend. (3) Die bereits angesprochene Problematik der Kooperation zwischen den unterschiedlichen Ebenen (lokal, national, regional, international) sei in der Tat eine wesentliche Herausforderung, hier sei die EU zentraler Orientierungspunkt einer Weiterentwicklung.

DIREKTINVESTITION

Sadwick Mtonakutha, *Southern African Development Community* (SADC), bestätigt die Mittelbarkeit der Auswirkungen der Finanzkrise, die im südlichen Afrika vor allem über ausbleibenden Tourismus und eine Krise der Minenindustrie spürbar seien. Die zurückgegangenen Staatseinnahmen würden allmählich zu einem steigenden Defizit führen. Wenngleich die erfolgreichen makroökonomischen Reformmaßnahmen der letzten Dekade unzweifelhaft geholfen hätten, die Wirkungen dieser Prozesse kontrollierbar zu halten (so gäbe es beispielsweise keine nennenswerte Inflation), könne dies langfristig dennoch zu einem relevanten Problem werden.

Daher seien der Aufbau von Währungsreserven und Budgetstabilität unabdingbar, um adäquate Antworten auf derartige Krisenprozesse geben zu können. Desweiteren unterstreicht Mtonakutha bereits angesprochene Problematiken in ihrer Relevanz: Insbesondere die Notwendigkeit zur Diversifizierung der Ökonomien sei unbestreitbar, neben höherer Produktivität wäre auch ein Ansteigen der internationalen Direktinvestitionen wünschenswert. Schließlich wäre es nach wie vor unklar, ob es sich bei Prozessen wie der Finanz- oder der 2007/08 relevanten Nahrungsmittelkrise tatsächlich nur um kurzfristige Schocks oder aber um Problemlagen handeln würde, die für längere Zeit bestehen blieben.

In seinem Kommentar betont Detlev Puetz von der Evaluationsabteilung der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) die Möglichkeiten, die derartige Krisenprozesse auch bieten

würden, vor allem im Bereich des internationalen Agenda-Setting. Das könne auch für die entsprechenden Finanzierungsmechanismen bedeutsam sein. Aus seiner praktischen Erfahrung sieht Puetz – trotz der großen Zahl an bestehenden Regionalorganisationen – ein limitiertes Interesse an regionaler Integration in Afrika. So hätte die AfDB zwar nationale Büros, die eigentlich anvisierte Errichtung von Regionalbüros wäre aber aufgrund von politischen Obstruktionen nicht möglich. Grenzen in Afrika wären tatsächlich ein riesiges Problem, allerdings primär bei den politischen Kräften, weniger in der Bevölkerung.

Mtonakutha unterstützt die Perspektive der Möglichkeiten, die Krisen bieten könnten – so hätte die Finanzkrise erstmals die afrikanischen Finanzminister in den Vordergrund gerückt. Ein angemessener Umgang mit den Ressourcen würde allerdings noch fehlen. Die weitere Diskussion setzt sich vor allem mit der Rolle eines notwendigen Schutzes von Ökonomien im Prozess ihrer Ausdifferenzierung und in weiterer Folge insbesondere mit dem Einfluss Chinas auseinander. Bamba zeigt am Beispiel einer Staudammfinanzierung eindrucksvoll, dass die Suche nach schneller und pragmatischer Finanzierung zur Kooperation mit China keine Alternative lasse, da entsprechende Finanzierungsmechanismen etwa der EU mit langem zeitlichen Vorlauf und hohen bürokratischen Hürden einhergingen.

MITTELSCHICHT FEHLT

Das Programm des zweiten Tages ist zwar durch die Einschränkungen des internationalen Flugverkehrs stark beeinträchtigt, hat aber mit dem ehemaligen kanadischen Premierminister Paul Martin, jetzt Mitglied des Beraterstabs der »Coalition for Dialogue on Africa«, einen auch politisch schwergewichtigen Beitrag zu liefern.

Paul Martin konstatiert als derzeit entscheidendes Problem nahezu des gesamten afrikanischen Kontinents, dass eine Mittelschicht fehlen würde, bzw. es bislang nicht geschafft

wurde, diese heranzubilden. Nur eine relativ große Mittelschicht würde garantieren, dass politische Führungen für ihre Handlungen auch tatsächlich verantwortlich gemacht würden, zudem wäre sie wesentliche Voraussetzung für internationale Anerkennung. Auf konkretere Ebene heruntergebrochen sieht Martin fünf wesentliche Defizite, an denen gearbeitet werden müsse: (1) ein pan-afrikanischer gemeinsamer Markt würde fehlen, was gerade die Verhandlungsposition gegenüber China massiv schwäche, (2) die organisatorischen Zugehörigkeiten der Staaten würden sich überschneiden, (3) Zentralafrika bleibe auch auf Ebene der regionalen Integration ein spezielles Problem, es gäbe keine adäquaten regionalen Organisationen in diesem Raum, (4) der politische Dialog gehöre gestärkt, und schließlich (5) wäre die Involvierung des Privatsektors nach wie vor zu schwach.

AUFGABE FÜR DIE EU

In diesen Bereichen sieht Martin auch die wesentliche Verantwortung zur Unterstützung durch internationale Akteure, insbesondere die EU: Erstens benötigten derartige Unterfangen einen »transition fund«, der insbesondere den kleinen und schwächeren afrikanischen Staaten die notwendigen Anpassungen zur Erlangung von Wettbewerbsfähigkeit in einem gemeinsamen Markt finanzieren sollte. Die Ausstattung eines solchen Fonds wäre in jedem Fall eine Aufgabe für die EU. Vergleichbares würde, zweitens, auch auf Ebene gemeinsamer, grenzüberschreitender Infrastruktur gelten. Deren Aufbau wäre idealtypisch über einen Infrastrukturfonds zu finanzieren, der bei der AfDB angesiedelt werden könne. Afrikanische Staaten könnten hier einzahlen, als Unterstützung und zusätzlichen Anreiz könnte die EU beispielsweise garantieren, das eingezahlte Geld zu verdoppeln. Drittens schließlich würden die komplexen Fragen im Bereich der Zollregime Fachwissen benötigen, das die EU zur Verfügung stellen könne.

Insgesamt wäre der EU in ihrem Integrationsprozess schon eine Vorbildwirkung zuzuschreiben, dennoch gäbe es keine Blaupausen: eine Konstruktion wie die EU-Kommission etwa

wäre im Kontext afrikanischer Politik schlichtweg unmöglich, auch in Bezug auf eine Währungsunion wäre größtmögliche Zurückhaltung angebracht. Generell sei Afrika, zumindest derzeit, nicht in der Lage, einheitlich aufzutreten, was der Klimagipfel in Kopenhagen bewiesen hätte. Was potentiell eine Goldgrube für afrikanische Staaten hätte werden können oder sogar müssen (über Ausgleichszahlungen etwa), wurde zu einem Desaster. Die afrikanischen Positionen wurden faktisch nicht wahrgenommen, angesichts fehlender wissenschaftlicher Kapazitäten, einer mangelhaften Integration in die NGO-Community und aufgrund der bereits angesprochenen politischen Probleme (Aufsplittung der Länder in die G77 und die LDC-Gruppe).

Kopenhagen müsse in Bezug auf das Auftreten Afrikas auf globaler Ebene eine Lehre darstellen, wobei insbesondere fünf Punkte Priorität hätten: (1) die Entwicklung pan-afrikanischer Kapazitäten, beispielsweise im wissenschaftlichen Bereich, (2) die Entwicklung pan-afrikanischer Positionen, (3) eine Verbesserung des internationalen Networking, (4) die Einigung auf eine/n Chef-Verhandler/in von internationaler Statur, der oder die auch selbst aus Afrika stammen müsse, und (5) die Erkenntnis, dass sich Afrika nicht in verschiedene internationale Gruppierungen splitten lassen sollte.


HOHE FINANZIELLE LASTEN

In seinem Kommentar zu den Ausführungen Martins unterstreicht Lambert Bamba, ECOWAS, die Wichtigkeit der Frage der Mittelschicht. Ein besonderes Problem in diesem Zusammenhang wäre die hohe finanzielle Last, die die Bevölkerungen Afrikas zu tragen hätten und die ihren Aufstieg in die Mittelschicht verhindern würden: So hätte eine ganze Generation die finanzielle Verantwortung der Altenpflege zu schultern – diesbezüglich wäre eine finanzielle Entlastung hilfreich.

Hinsichtlich Kopenhagen zeige sich das Problem der internationalen Geberpolitik, das sich hier widerspiegle: Afrikanische Staaten würden in die Rolle von »Bettlern« geraten

und sich somit leicht – im Kampf um das beste Stück vom zu verteilenden Kuchen – teilen lassen.

Die von Bamba als Konsequenz eingeforderte Überarbeitung der Geberstrukturen ist sicher eine wesentliche Schlussfolgerung, die aus der gesamten Tagung gezogen werden kann. Afrikanische Regionalorganisationen werden darin eine wichtige Rolle zu spielen haben, wenngleich sie ohne Zweifel vor einem Konsolidierungsprozess stehen. Die zentrale Rolle wird allerdings sicher der Afrikanischen Union zukommen, wie es ja auch als eine der Grundlagen der Strategischen Partnerschaft EU-Afrika vorgesehen ist.

Aus den Beiträgen und Diskussionen wurde allerdings sichtbar, dass die AU ihre Rolle noch nicht gefunden hat – liegt ihre Aufgabe zunächst relativ strikt im Vorantreiben von Freihandelsbemühungen bei einer weitestmöglichen Beschränkung der politischen Ebene, wie es Paul Martin sehen würde? Oder muss Integration einen politischen Charakter bekommen und wenn ja, ist dann das Projekt der Afrikanischen Union mit ihren über 50 Mitgliedsstaaten nicht viel zu ambitioniert? Das sind Fragen, die zwar nicht abschließend geklärt werden konnten, deren Diskussion aber ohne Zweifel für die weitere Entwicklung des afrikanischen Kontinents – auch und gerade in seinem Verhältnis zur Europäischen Union – wesentlich sind. 

JAN POSPISIL

ist Affiliated Researcher am Österreichischen
Institut für internationale Politik.

Mato Oput

SCHWERPUNKT Als am 15. April 1996 die erste öffentliche Anhörung der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission unter Vorsitz von Bischof Tutu stattfand, rückten afrikanische Versöhnungsrituale erstmals ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit – eine Analyse von Martin Semlitsch.

Das Ende der Apartheid in Südafrika hätte ein Riesenpotential an »Blut-schreit-nach-Blut« zur Verfügung gehabt und dennoch ist der Übergang von einem Apartheidstaat zu einem gleichberechtigten Mehrparteienstaat gelungen, dem zuletzt die Veranstaltung der Fußballweltmeisterschaft 2010, erstmals in Afrika, zugesprochen worden ist. Daher wurden in mehreren afrikanischen Konflikten mit einem ähnliches Rachepotential wie etwa in Sierra Leone, Mozambique, Ruanda oder in Norduganda auf ähnliche Versöhnungsrituale zurückgegriffen.

Seit Südafrika ist es unbestritten, dass Wahrheits- und Versöhnungsrituale einen nachhaltigen Beitrag zur friedlichen Entwicklung einer Gesellschaft leisten können. Sie sind zugleich kein Allheilmittel, folgen auf keinen Fall der »Sind-wir-wieder-gut-Mentalität«, sondern bedingen langwierige Prozesse und sind an ein bestimmtes kulturelles Umfeld gebunden.

Nach den schrecklichen Erfahrungen in blutigen Bürgerkriegen ist die Frage nach einer friedlichen Entwicklung eine Schlüsselfrage. Je nach Land gibt es unterschiedliche Bemühungen, in Sierra Leone wurde ein dreistufiges Modell von internationaler und lokaler Gerichtsbarkeit und Wahrheitskommissionen eingesetzt, in Ruanda und Mozambique arbeiten lokale Versöhnungskommissionen, aber der Begriff Versöhnung wurde ein Schlüsselbegriff.

UNO-JAHR DER VERSÖHNUNG 2009

Die UNO-Vollversammlung hat der Versöhnung einen neuen Stellenwert gegeben und 2009 sogar das »Jahr der Versöhnung« ausgerufen. Versöhnung findet auf mehreren Ebenen statt. Voraussetzung ist zunächst eine Friedensverhandlung

und ein Waffenstillstand zwischen den Gegnern, die dauerhaft sind. Dann muss jeder Täter sich mit sich selbst und seinen Taten ins Reine kommen. Zuletzt muss eine Versöhnung mit der Familie und der Dorfgemeinschaft gelingen und in diesem Gemeinschaftsbereich setzen viele afrikanische Versöhnungsrituale an.

Bei den afrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommissionen kommt es nicht auf die Herbeiführung von Verurteilungen an, sondern auf das Fördern von Heilungs- und Versöhnungsprozessen. Das ist in Bürgerkriegssituationen ein äußerst schwieriges Unterfangen, da die Rolle von Täter, Opfer und Zeuge oft in einer Person liegt. Letztlich muss das Opfer über den eigenen Schatten springen und trotz dem tief-sitzenden Potential von Wut, Hass, Rache die Hand reichen, denn vergeben kann nur das Opfer selbst.

Das zu erreichen, wird versucht über die Aufdeckung der Wahrheit, die öffentliche Anerkennung des Unrechts und des erlittenen Leids, die Gewissheit, das sich dies nicht wiederholt und letztlich gehört auch eine handfeste Entschädigung als sichtbare Reue dazu. Mato Oput ist ein solches Versöhnungsritual. Es wird seit Jahrhunderten in Norduganda im »Acholi-Land« gepflegt, konkret in den Distrikten Pader, Kitgum und Gulu. Mato Oput zielt ursprünglich auf die Versöhnung von Familien nach einem Mord in der anderen Familie ab.

Nirgendwo ist dieses Ritual besser beschrieben als in der Reportage »Wanderer der Nacht« des polnischen Afrikaschreibers Wojciech Jagielski: Auf dem Dorfplatz hatte sich eine große Menschenmenge unter einem ausladenden alten Mangobaum versammelt. In der Mitte saßen, auf hölzernen Hockern hinter einem langen, wachstuchbedeckten Tisch,

die Dorfältesten. Bei der heutigen Zeremonie ging es um eine Begebenheit, die schon drei Jahre zurücklag – ein junger Mann war während einer Rauferei von einem anderen in angetrunkenem Zustand mit dem Messer tödlich verletzt worden. Die Polizei hatte den Schuldigen festgenommen, ein Richter in Gulu ihn zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte keinerlei Anstalten gemacht, seine Schuld abzustreiten und bereute allem Anschein nach seine Tat aufrichtig. Deshalb war er bereits nach einem halben Jahr auf Bewährung entlassen worden.

Nach seiner Rückkehr jedoch begannen sich im Dorfe unerklärliche und schlimme Dinge zu ereignen. Noch am selben Tag waren seine beiden Brüder bei Autounfällen umgekommen, an verschiedenen Orten zwar, doch fast genau zur selben Zeit – abends, kurz vor Einfall der Dämmerung. Ein anderes Mal stand die Hütte, in der der junge Mann wohnte, mitten am helllichten Tag plötzlich in Flammen. Und seine jüngste Schwester, ein kleines Mädchen noch, klagte über nächtliche Alpträume. Die Familienältesten hatten sich sofort zum Stammesfürsten begeben. Dieser beriet sich mit dem *ajwaka*, dem Heiler, der mit den Geistern sprechen konnte, und verkündete darauf, das Ritual Mate Oput müsse vollzogen werden, um die Familien des Täters und des Opfers der längst vergangenen Rauferei zu versöhnen. Die Einigung beider Familien solle den bösen Mächten den Zugang zu ihnen nehmen, so dass die alte Ordnung und Harmonie wiedereinkehren könnte.

Sechzig Tage lang hörte der Stammesführer die Zeugen der damaligen Rauferei an, bezog alle Umstände mit ein, um ein gerechtes Urteil abgeben zu können. Schließlich verkündete er, die Familie des Mörders müsse der des Getöteten als Wiedergutmachung acht Ziegen und acht Säcke Maismehl übergeben. Auch legte er den Termin für das feierliche Ritual fest.

In früheren Zeiten hatte die Familie eines Mörders, um den Verlust auszugleichen, den Verwandten des Opfers ein junges Mädchen übergeben, welches mit dessen Bruder oder

Cousin verheiratet wurde. Gebar sie diesem einen Sohn, so wurde er nach dem Getöteten benannt, galt zugleich als sein Kind und die Fortsetzung seines Lebens. Die Acholi hatten diesen Brauch aufgegeben, da immer mehr Fremde in ihr Land kamen, denen sie in einem solchen Fall ebenfalls ihre Frauen hätten überlassen müssen. Sie fassten den Beschluss, dass eine Entschädigung zur Wiedergutmachung ausreiche.

Anfänglich hatte die Entschädigung meistens aus Rindern bestanden. Aber durch die unruhigen Zeiten gab es immer weniger Rinderherden, häufig wurden Rinder gestohlen. Deshalb konnte jetzt der Tod des Opfers mit Geld beglichen werden, wobei die Stammesführer darauf achteten, dass die Familien der Opfer das Geld nicht für Saufgelage verschwendeten oder versuchten, es durch riskante Investitionen zu vermehren, sondern es zurückhielten, um eine Ehefrau für einen Verwandten des Opfers zu finden.

UM HAB UND GUT GEBRACHT

Die fortwährenden Kriege schließlich hatten den Acholi ihr restliches Hab und Gut genommen und sie selbst aus ihren Dörfern in elende Flüchtlingslager getrieben. Um das Ritual noch durchführen zu können, setzten die Stammesführer das Bußgeld herab und erlaubten, dass in Ziege, Schafen oder sogar Hühnern bezahlt werden konnte. Es sollte so hoch sein, das der Schuldige den Verlust spüre, jedoch gleichzeitig so niedrig, dass er nicht in den Ruin getrieben werde. Außerdem seien Wiedergutmachung, Einigung und Vergessen wichtiger als Strafe, die, mochte sie noch so hoch sein, einmal zugefügtes Leid doch nicht ungeschehen machen könnte.

Für das vom Stammesführer festgesetzte Bußgeld kam – manchmal mehrere Jahre lang – die ganze Familie des Schuldigen auf. Sie nahm seine Schuld auf sich und trug die Verantwortung, dass er keine weiteren schlimmen Taten beging, sich zu dem bereits vergangenen Verbrechen bekannte und es ehrlich bedauerte. Jede Feier dieser Art begann damit, dass der Schuldige seine Tat eingestand und um Vergebung bat. Er ent-

Dieser Beitrag erschien in der Zeitschrift »Entwicklung & Politik«, 02/2010, herausgegeben von der »Arbeitsgemeinschaft für entwicklungs-politische Information« (www.entwicklungspolitik.spoe.at). Wir danken für die Druckerlaubnis!

schuldigte sich nicht nur bei den Verwandten des Menschen, den er getötet hatte, sondern auch bei der eigenen Familie, der er mit seinem Verbrechen Schande bereitet, die er in Schwierigkeiten und Gefahr gebracht hatte.

Wenn der Mörder seine Schuld eingestanden, Demut gezeigt, um Vergebung gebeten und die Stammesältesten das Bußgeld festgelegt hatten, stand der Versöhnung und Einigung nichts mehr im Wege, konnte das Ritual vollzogen werden. Nun nahte der wichtigste Moment der Einigungsfeier. In der Mitte des Platzes stellten die Frauen ein großes, flaches, mit Hirsebier gefülltes Tongefäß auf. Eine von ihnen zog außerdem eine kleine Flasche hausgebrannten Schnaps aus ihrem Kleid und mischte es mit Bier. Als nächstes ging einer der Stammesführer zu dem Gefäß hin und goss etwas Pflanzensaft hinein, der aus Blättern und Wurzeln des Oputbaumes gepresst wurde und so bitter schmeckte, dass er ohne Alkohol ungenießbar gewesen wäre. Zum Schluss fügten die Frauen dem Gemisch noch einige Tropfen Blut von den geopfertem Ziegen hinzu und der Versöhnungstrank war fertig.

Die an der Zeremonie beteiligten Familien gingen paarweise zu dem Tongefäß hin. Dort knieten sie mit gesenkten Köpfen und auf dem Rücken gefalteten Händen nieder, beugten sich gleichzeitig nach vorne und schlürften etwas von dem Versöhnungstrank. Vor jedem Vorbeugen legten sie leicht die Stirn aneinander zum Zeichen, dass sie sich versöhnt hatten und wieder eine Gemeinschaft bildeten. Als das Gefäß bis auf den Grund geleert war, verkündeten die Stammesältesten, dass die Verbrechen und Unrecht nun vergeben und ein für alle Mal vergessen seien. Jetzt begann ein Festmahl und Trinkgelage: Das ganze Dorf setzte sich um hiefür vorbereitete Kürbisse, gefüllt mit Essen, Schnaps und Bier. Alles musste noch an Ort und Stelle gegessen und getrunken werden, denn nähme ein Teilnehmer auch nur ein kleines Stück Fleisch mit nach Hause, wäre das ganze Versöhnungsfest vergebens gewesen. Einige Tänzer betraten den Platz unter dem alten Baum, sie waren mit Federbüschen geschmückt und trugen festliche Kleidung

aus Häuten und muschelbesetzten Bändern, die beim Tanzen klackerten. Und wären nicht Sturm und Regen aufgezogen, so hätte der Versöhnungsschmaus an den Lagerfeuern gut und gerne die ganze Nacht durchgedauert.

Jagielski beschreibt mehrere Mato Oput-Rituale, die je nach Region leicht variieren, im Kern aber gleich sind. Der über 20-jährige Krieg der *Lord's Resistance Army* (LRA) in Norduganda hat jedoch viele Grundlagen dieses Versöhnungsrituals entscheidend verändert. Die Vertreibung aus den Dörfern und die Zusammenballung in den Camps haben den Zusammenhalt unter Führung der Stammesältesten entscheidend geschwächt, die großen Mangobäume auf dem Dorfplatz gab es in den Städten und Lagern nicht, Hab und Gut ging verloren, die Familien wurden zerrissen, die alten Friedhöfe waren bald überwuchert. Dazu kam, dass die Überfälle der LRA mit Massenmorden einhergingen, es konnten Täter und Opfer nicht mehr auf Raum und Zeit zugeordnet werden, die Täter, überwiegend geraubte Kindersoldaten, waren selbst Opfer und Täter zugleich. Sie kommen jetzt zurück in das so sehr veränderte Acholi-Land, keineswegs willkommen geheißen, mancherorts gefürchtet und dennoch alternativlos auf den Weg zu einer Reintegration in Familien und Dorfgemeinschaften. Wie immer auch ihre Zukunft aussehen wird, an prozesshaften Versöhnungsritualen kommt niemand vorbei.

HOFFNUNG NORMALISIERUNG

Seit sich die LRA ab 2006 in den Kongo zurückgezogen hat, begann sich das Leben in Norduganda zu normalisieren, die Flüchtlingslager lösen sich langsam auf, eine Heimkehr wurde in vielen Orten möglich. Äcker konnten wieder bestellt, Schulen wieder geöffnet, der Handel wieder aufgenommen werden. Das alles steht aber erst am Beginn der Normalisierung und es ist noch ein weiter Weg.

MAG. GENMJR I.R. KARL SEMLITSCH
ist Vizepräsident der Österreichisch-Ugandischen
Freundschaftsgesellschaft.

Fußballproduktion: Das vielschichtige Foul

SCHWERPUNKT Blicken wir hinter die farbenfrohe, mitreißende Fassade von Fußballgroßereignissen wie der Weltmeisterschaft in Südafrika und das glänzende runde Leder, das im Mittelpunkt eines jeden Spiels steht – findet es nun zwischen Kindern auf Spielplätzen oder in vollen Stadien statt – sind wir in der bitteren Realität globaler Produktionsketten und Gewinnmaximierung angekommen. In dieser ist vor allem eine Gruppe kein Gewinner: die Menschen, die unsere Fußbälle herstellen.

Die entwicklungspolitische Organisation »Südwind« recherchierte die Arbeitsbedingungen im Frühjahr 2010 in den indischen Städten Meerut und Jalandhar. Dabei zeigte sich folgendes Bild: Die NäherInnen, die in Heimarbeit die Fußbälle nähen, bekommen vier bis sechs Rupien (umgerechnet acht Cent) pro Ball. Damit bekommen sie nur rund ein Prozent des Endverkaufspreises eines Balles. Das Nähen eines Fußballs nimmt etwa zwei Stunden Arbeit in Anspruch.

Zum Vergleich: Ein Kilo Reis kostete Anfang des Jahres etwa acht Rupien, d.h. die NäherInnen müssen fast zwei Fußbälle nähen, um ein Kilo Reis kaufen zu können. Dieses Verhältnis hat sich in den letzten Jahren massiv verschlechtert, da der Preis für Reis in den letzten neun Jahren um 50 Prozent gestiegen ist – der Stücklohn für einen Fußball hat sich im gleichen Zeitraum nicht erhöht.

FUSSBÄLLE FÜR DIE WELT

Die Fußballproduktion ist, obwohl von globalem Interesse und in der Hand von transnationalen Konzernen, gleichzeitig ein merkwürdig lokales Phänomen: In drei Ländern – Pakistan, Indien und China – werden über 90% der weltweit verkauften Fußbälle produziert. Die Produktionen in Pakistan und Indien sind in Sialkot bzw. in Jalandhar und Meerut angesiedelt. Historisch sind sie verbunden, da lokale Sportartikelproduzenten aus Pakistan nach der Teilung 1947 von Indien in den Punjab kamen und dort ihr Handwerk wieder aufnahmen. Während in Pakistan und Indien überwiegend handgenähte Bälle für Wettkampf- aber auch Werbezwecke hergestellt werden, kon-

zentriert sich die Fußballindustrie in China auf Fußbälle, die geklebt werden. Diese werden meist in europäischen Profiligen und bei großen Wettbewerben verwendet und nur von zwei großen Firmen, Adidas und Puma, produziert. Auch der diesjährige WM-Ball, der Jabulani, stammt aus China. Dieses maschinelle, spezialisierte Fertigungsverfahren kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Großteil der weltweit verkauften Fußbälle mit der Hand in Pakistan und Indien genäht werden. Diese, in Indien »promotion balls« genannten runden Leder, sind jene, die bei uns als No-Name-Produkte, als günstigere Bälle für den Hobbyspieler verkauft und als Werbung verschenkt werden. 40 Millionen Stück werden weltweit in einem Jahr mit einem Fußballgroßereignis wie der WM in Südafrika produziert.

PRODUKTION IN VERSTECKTEN SCHRITTEN

Im Unterschied zur »sauberen« Produktion im Klebeverfahren, welche in abgeschlossenen Fabriken erfolgt, ist die Herstellung handgenähter Fußbälle auf mehrere Produktionsorte und in verschiedene Produktionsschritte aufgeteilt: In Fabriken werden die Bauteile der Fußbälle, die sechseckigen Lederpaneele, geschnitten, die Schriftzüge mit Lack aufgebracht und die Löcher gestanzt. Die Einzelteile werden als Nähsets (mit Nadel und Faden) von Mitarbeitern oder Agenten der Fabrik an die NäherInnen verteilt, die in Heimarbeit oder in Nähzentren die Fußbälle mit der Hand nähen. Der Arbeitsschritt ist vollständig aus den Fabriken ausgelagert und wird auf Basis eines Stücklohns für den fertigen Fußball bezahlt. Diese Struktur gibt den transnationalen Auftraggebern wie den indischen Herstellern und Exporteuren gleichermaßen

die Möglichkeit, das sehr saisonale Gewerbe der Fußballproduktion optimal auf ihre Bedürfnisse abzustimmen. Steigt im Vorfeld von Großereignissen wie der Weltmeisterschaft oder zum Sommerbeginn in Europa die Nachfrage nach Fußbällen an, werden mehr NäherInnen beschäftigt – sinkt die Nachfrage, werden diese nicht mehr mit Nähsets beliefert. Gleichzeitig erlaubt das indische Arbeitsrecht eine Umgehung des Kündigungsschutzes in den Fabriken und somit eine »flexible« Gestaltung des Bedarfs an MitarbeiterInnen auf Rücken der Beschäftigten: Sind nicht mehr als hundert MitarbeiterInnen in einer Firma beschäftigt, können diese jederzeit und ohne Kündigungsfrist entlassen werden.

Diese informelle Gestaltung der Näharbeit wirkt sich auf die Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen massiv aus: In den Fabriken sind vor allem fehlende Schutzeinrichtungen bei der gefährlichen Arbeit etwa mit Stanzapparaten, fehlende Belüftung der Räumlichkeiten, in denen mit Lacken gearbeitet wird, der fehlende Kündigungsschutz und niedrige Löhne, zum Teil noch unterhalb des indischen Mindestlohns, an der Tagesordnung. Die HeimarbeiterInnen sind in hohem Maße von den sie mit Nähsets belieferenden Mitarbeitern und Agenten abhängig – sie werden nach Stückzahl entlohnt und können etwa eine Forderung nach einem besseren Preis für genähte Fußbälle nicht artikulieren, ohne in Gefahr zu kommen, nicht mehr beliefert zu werden und so einen wichtigen Beitrag zum Familieneinkommens zu verlieren.

ERZWUNGENE KINDERARBEIT

Diese informelle Struktur des Fußballnäehens unterstützt auch eine nach wie vor existierende Tatsache, die den Sektor bereits vor 15 Jahren erstmals in Verruf brachte: Vor der Fußballweltmeisterschaft 1996 brachten die BBC und andere internationale Zeitungen erstmals Berichte über massiven Einsatz von Kinderarbeit in der pakistanischen Fußballindustrie. Eine damals von der ILO erstellte Studie schätzte, dass mehr als 7000 Kinder im Alter zwischen fünf und vierzehn Jahren auf Vollzeitbasis Fußbälle nähten. 1998 bestätigte eine Studie

von SACCS (*South Asian Coalition on Child Servitude*), dass in den indischen Fußballstädten Jalandhar und Meerut 25 000 bis 30 000 Kinder nähten. Die Existenz von Kinderarbeit hat strukturelle Gründe – das Nähen des Fußballs wird nach Stückzahl entlohnt, d.h. eine Familie, die zuhause produziert, verdient mehr, wenn sie eine höhere Anzahl an Fußbällen liefern kann. Da die Entlohnung für die nähenden Erwachsenen zu niedrig ist, um die einfachsten Lebensbedürfnisse wie Nahrung zu stillen, sind die Familien gezwungen, die Stückzahl zu erhöhen – auch mit Hilfe ihrer Kinder.

KEINE STRUKTURÄNDERUNG

Der Aufschrei der westlichen Welt nach Bekanntwerden der Kinderarbeit in der Fußballindustrie brachte die indischen Sportartikelhersteller unter Zugzwang – ihr Image war in den Augen der FIFA, der WSFGI (*World Federation of Sporting Goods Industry*) und bei transnationalen Markenfirmen angekratzt. Die daraufhin gesetzten Maßnahmen waren unter anderem die Gründung der *Sports Goods Foundation of India* (SGFI) im Jahr 1998. Diese wurde ab 2000 von der FIFA beauftragt, Monitoring Programme und soziale Initiativen zur Vermeidung von Kinderarbeit zu initialisieren.

Neben Förderprogrammen für den Schuleinstieg von ehemaligen KinderarbeiterInnen, Hausaufgabenbetreuung und der Kontrolle von Firmen über ihre Personallisten zahlen die Mitgliedsfirmen 0,1% ihres Gewinns an SGFI. Aber: Auch wenn von SGFI beteuert wird, dass alle exportierenden Sportartikelhersteller Mitglied sind, scheinen nur 33 von über 70 Firmen, die in Indien Fußbälle herstellen, als Mitglieder auf – der informelle Teil der Fußballindustrie wird von diesen Initiativen gar nicht berührt. Weiters besteht der Vorstand der Organisation aus Vertretern von Sportartikelherstellern, daher dokumentieren Maßnahmen, wie die Übernahme des *Code of Conduct* der WSFGI bestenfalls den Willen, sich mit der Wahrnehmung sozialer Verantwortung innerhalb der Unternehmen zu beschäftigen, jedoch nicht eine ernsthafte Änderung ausbeuterischer Strukturen – zumal nicht externe Institutionen


mit der Kontrolle beauftragt werden und der Fokus der SG-FI-Projektarbeit auf das Vorgehen gegen Kinderarbeit, jedoch kaum auf die allgemeine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gerichtet ist.

NACHHALTIGE VERBESSERUNG

Die Maßnahmen zur Minderung der Kinderarbeit in der Fußballherstellung haben insofern gefruchtet, sodass die indische NGO *Bachpan Bachao Andolan*, die sich seit Jahren für die Eindämmung der Kinderarbeit in verschiedenen Wirtschaftssektoren einsetzt, in ihrer Studie aus dem Jahr 2008 folgendes feststellen kann: Insgesamt sind nur mehr neun Prozent der Kinder zwischen sechs und siebzehn Jahren in Meerut auf Vollzeitbasis mit dem Nähen von Fußbällen beschäftigt. 84% der Buben und 67% der Mädchen besuchen die Schule, ein Teil jener Jugendlichen sind aber nebenher noch in der Herstellung von Fußbällen engagiert.

Dieser Rückgang der Kinderarbeit in den letzten zehn Jahren kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch im Jahr 2010 die erwachsenen NäherInnen mit dem Lohn für ihre Arbeit nicht für eine ausreichende Existenzsicherung ihrer Familien sorgen können. Gleichzeitig sind diese das schwächste und abhängigste Glied in der Zulieferkette von Fußbällen. Aufgrund der großen Abhängigkeit von Subunternehmen und der prekarisierenden Arbeitsform der Heimarbeit organisieren sich die ArbeiterInnen kaum.

Die Produktionsfirmen in Indien befinden sich im Spagat zwischen dem Wunsch, den eigenen Gewinn zu maximieren, und dem Preisdruck der transnationalen Konzerne, die ebenso günstige Produktionspreise erreichen möchten. Wirklicher Druck, daß sich die Struktur in der Fußballproduktion ändert, muß daher von den Markenfirmen ausgehen – diese wiederum reagieren auf die Wünsche der KonsumentInnen. Ein seit langem in vielen Bereichen erfolgreicher Weg ist der des Fairen Handels: Auch Fußbälle sind bereits fair gehandelt erhältlich. Da aber gerade im Bereich des Fußballs der Kult einer

Marke ein sehr gewichtiges Verkaufsargument ist, wäre es ein wesentlicher Schritt, wenn Markenfirmen dazu übergehen, ihre Fußbälle der Prüfung einer Fairtrade-Zertifizierung und deren ständigen, externen Kontrollen zu unterziehen. 

MAG.^A INES ZANELLA

ist Politikwissenschaftlerin und Regionalstellenleiterin der Südwind Agentur in Tirol.

WEITERE INFORMATIONEN, ZITIERTE STUDIEN:

www.suedwind-agentur.at | **Bachpan Bachao Andolan – Save the childhood movement (2008):** Child Labour in Football Stitching Activity in India. A case study of Meerut District in Uttar Pradesh. | **Kampagne für Saubere Kleidung (2008):** Die Hürden überwinden: Schritte zur Verbesserung von Löhnen und Arbeitsbedingungen in der globalen Sportbekleidungsindustrie.

Südwind setzt sich als entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation seit 30 Jahren für eine nachhaltige globale Entwicklung, Menschenrechte und faire Arbeitsbedingungen weltweit ein. Durch schulische und außerschulische Bildungsarbeit, die Herausgabe des Südwind-Magazins und anderer Publikationen thematisiert Südwind in Österreich globale Zusammenhänge und ihre Auswirkungen. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Kampagnen- und Informationsarbeit engagiert sich Südwind für eine gerechtere Welt.



MIKEL OBI

PAINTING OF MIKEL OBI, FROM THE NIGERIAN NATIONAL SOCCER TEAM. PAINTED IN 2010 BY ISAAC OTCHERE. OIL PAINTING ON CANVAS, 90 X 160 CM.

AFRIKA SCOORT!

TROPENMUSEUM AMSTERDAM



AFRIKA SCOORT!

TROPENMUSEUM AMSTERDAM



Wie Konservative die Mitte erobern können

UNITED KINGDOM Nach 13 Jahren in der Opposition hat es die »natürliche Regierungspartei« Großbritanniens mit einem sogenannten »Progressiven Konservatismus« zurück in die Regierung geschafft. Stefan Wally analysiert die Ursachen für den Regierungswechsel in Großbritannien und die Macht des Willens zur Veränderung.

Nach drei Niederlagen in Folge hatten die britischen Konservativen verstanden, dass man sich ändern muss. Die konservative Abgeordnete und aktuelle Ministerin Theresa May hatte es so formuliert: »Our base is too narrow and so, occasionally, are our sympathies, you know what some people call us: the nasty party.« David Cameron, der neue britische Premierminister hatte die Führung der Konservativen übernommen und die Veränderung eingeleitet. Das war nicht einfach: Denn in Oppositionszeiten tendieren Parteien dazu, auf ihre Kernmilieus zurückzufallen. Und diese Kernmilieus haben oft nicht die Fähigkeit, Programme zu formulieren, die mehrheitsfähig sind. Cameron musste die eigenen Leute bei der Öffnung vor den Kopf stoßen und er tat es. Er gab das Symbol der Partei auf und ersetzte es mit einem grünen Baum, der Verwurzelung und ökologisches Bewusstsein symbolisierte. Er förderte systematisch Frauen in der Partei. Er investierte Zeit und Kraft, um mehr Kandidatinnen und Kandidaten aus den Minderheiten für die Wahl aufzustellen und zwang Mitglieder seiner Partei zum Rücktritt von Kandidaturen, wenn sie homophobe Ansichten vertraten. Warum ihm das alles in der Partei verziehen wurde? Nach drei Niederlagen war man reif dafür. Zwölf Jahre hatte man gebraucht, um diese Isolierung zu durchbrechen.

KONSERVATIVE WOLLEN ZURÜCK

Cameron versuchte diese Erneuerung auch in ein theoretisches Gesamtkonzept einzubetten, das er als Progressiven Konservatismus bezeichnete. Darunter versteht er die Ablehnung eines »Kapitalismus der Monopole«, des starken Staates und des individualistischen Liberalismus. Dem gegenüber stellt er die »Big Society«, in der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam die Probleme abseits des Staates lösen. Was ihn von Margaret Thatcher unterscheidet ist die Kritik am Kapitalismus und den

Märkten. Vom alten kontinentalen Konservatismus unterscheidet ihn das Ziel der »Big Society«, Armut und Ungleichheit zu bekämpfen. »Conservative tools for progressive ends« – so wurde es formuliert.

Dass man sich verändert habe und nun die wirkliche fortschrittliche Kraft im Land sei – und keineswegs die »nasty party« der 1990er – versuchte man den Skeptikern zu erklären. Gastbeiträge in den links-liberalen Medien *Guardian*, *New Statesman*, *Prospect* oder Schwerpunkte des einst Tony Blair nahestehenden Think Tanks DEMOS halfen dabei, die Botschaft zu verbreiten: Es soll wieder denkbar werden, konservativ zu wählen.

DIE MÜHEN, AUS DEM ECK ZU KOMMEN

Es ging nicht alles glatt. Vor allem die Finanzkrise hatte zur Folge, dass die in Großbritannien sehr volatilen Steuereinnahmen dramatisch sanken und das jährliche Staatsdefizit explodierte. Während Labour die staatlichen Ausgaben noch eine Weile – mit keynesianischen Argumenten begründet – auf hohem Niveau weiterzuführen versprach, setzten die Wirtschaftspolitiker der *Conservatives* auf sofortige Reduzierung der Staatsfunktionen. Das klang dann doch nach den alten Konservativen, die thatcheristischen Ideen verhaftet schienen. Und als dann auch noch die Forderung in den Mittelpunkt gerückt wurde, die Erbschaftssteuer für Multimillionäre zu streichen, konterkarierte dies die Versuche der Partei, als erneuert wahrgenommen zu werden.

Labour unter Gordon Brown war in der Zwischenzeit von Katastrophe zu Katastrophe geschlittert. Am wichtigsten war der Skandal um Aufwandenschädigungen für Parlamentarier. Dabei wurde der Öffentlichkeit bekannt, welche Summe für

welche (absurden) Dinge sich die Parlamentariern ersetzen ließen. Den Hintergrund bildeten steigende Arbeitslosenzahlen und ein Hinterherhinken Großbritanniens beim Aufschwung nach dem Tiefpunkt der Wirtschaftskrise und pausenlose persönliche Angriffe auf den unpopulären Premier Brown – auch aus den eigenen Reihen.

STABILITÄT GEGEN REFORM

Labour konzentrierte sich deshalb darauf, vor den Veränderungen zu warnen, die eine konservative Regierung bedeuten würde. Gerade jetzt dürfe man die Regierung nicht wechseln, die konservativen Ideen, mit der Reduzierung des Staatsdefizits sofort zu beginnen, gefährden den Aufschwung. Labour nahm die Position des Status Quo ein.

Beinahe schien es, als ob die Wahl ausschließlich zwischen diesen beiden Polen geschlagen würde. Moderatere Konservative mit Reformversprechen einerseits und Labour mit dem Angebot, besser nichts zu ändern, weil das könnte gefährlich sein. Dass es nicht dabei blieb, lag daran, dass sowohl Labour als auch Konservative vor allem bei einem erfolgreich waren: Das Misstrauen der Bevölkerung dem Konkurrenten gegenüber aufzubauen. Die Öffentlichkeit atmete dann erleichtert auf, als man bei den erstmals in Großbritannien stattfindenden Fernsehkonfrontationen auf die Liberaldemokraten und deren Vorsitzenden Nick Clegg traf. Er versprach Reform. Und er schien unverdächtig zu sein, darunter thatcheristische Kürzungen zu verstehen.

Bis zum Wahltag kristallisierten sich zwei entscheidende Zuspitzungen heraus. Will Großbritannien jetzt Reformen oder ist jetzt aus ökonomischen Gründen dafür die falsche Zeit? Wenn es Reformen geben soll, wer wird sie am besten umsetzen können: Konservative oder Liberaldemokraten?

DIE MITTE WOLLTE REFORM

Die Antworten bei den Wahlen waren klar. Wie in den meisten Wahlen in Europa der vergangenen Jahre, so gab es auch

in Großbritannien eine klare Mehrheit für die Parteien, die »Change«, Veränderungen, versprachen. Das Stabilitätsversprechen Labours brachte der Partei 28 Prozent. Bei der Frage, welche Form der Reform gewünscht wird, schwankte die britische Öffentlichkeit zwischen Sympathie für die Liberaldemokraten und Vertrauen in die Umsetzungskraft der Konservativen. Letzterem wurde schließlich der Vorzug gegeben und deswegen ist David Cameron nun britischer Premierminister und Nick Clegg sein Stellvertreter.

Reform wurde der Stabilität vorgezogen. Umsetzungskraft wurde der Sympathie vorgezogen. Diese Formel galt aber nicht für ganz Großbritannien. Sie gilt aber vor allem in der Mitte Englands. Die Zugewinne der Konservativen und die Verluste von Labour waren am dramatischsten in den traditionell politisch umkämpften Regionen Mittelenglands, den Midlands (Labour minus 8 Prozent), Yorkshire (minus 9 Prozent) und dem Osten der Insel (minus 10 Prozent). Auch nach gesellschaftlichen Gruppen war der Zugewinn der Konservativen am deutlichsten in der arbeitenden Mittelschicht. Ein Labour-Politiker flucht, dass der »white van man« von Labour zu den Konservativen gegangen ist. Verstanden wird unter »white van man« die Gruppe der handwerklich beschäftigten, weißen Briten. Kulturell kann man die Wahlempfehlungen von zwei britischen Zeitungen als Indikator ansehen: Sowohl die (auf den Mittelstand zielende) *Times* als auch die (moderate) *Financial Times* empfahlen erstmals seit 1992 wieder die Konservativen.

EINE NEUE ISOLATION

Mit dem Angebot der Stabilität und den Warnungen vor den Veränderungen hatte Labour die Mitte preis gegeben, allerdings war es gelungen bestimmte Gruppen zu halten. Im Norden des Landes griffen die Warnungen vor Thatcherismus noch (Labour noch über 40 Prozent), in Schottland erinnerte man sich an die Skepsis der Konservativen gegenüber der gestärkten Unabhängigkeit (Labour plus zwei Prozent) und in Gebieten mit hohem Migrantenanteil und hoher Armut


(Zugewinnen für Labour in Ostlondon) war der Gestus der Konservativen weiterhin abschreckend. In diesen drei Bereichen zeigte sich, dass die Bemühungen der Konservativen sich als Partei darzustellen, die gegen Armut kämpft (noch) nicht gegriffen haben. Schließlich gewann Labour die Stimmen des staatlichen Sektors, der in der »Big Society« der Konservativen geschrumpft werden müsste (Labours Vorsprung rund 17 Prozent). Diese Wählerbasis für Labour wird mittelfristig zum Problem werden, wenn man wieder Mehrheiten gewinnen will. Ein Zurückfallen auf Schotten, Nordengländer, Einwanderer und den öffentlichen Sektor könnte eine Isolierung für Labour zur Folge haben.

Natürlich hat die Wahl in Großbritannien vor allem nationalen Charakter. Die Mechanismen im Zuge der Wahl haben aber auch in anderen Staaten ihre Gültigkeit. Zum einen sind Veränderungsversprechen bei Wahlen stärker als Stabilitätsbekundungen. Am stärksten ist dies in der Mitte der Gesellschaft der Fall. Parteien mit einer defensiven Ausrichtung werden deswegen tendenziell auf Gruppen mit spezifischen Interessen zurückgedrängt. In Großbritannien war dies 1997 bis 2010 den Konservativen passiert. Davor hatte sich Labour ab 1979 von gesellschaftlichen Mehrheiten abgeschnitten. Jetzt gibt es einige Hinweise, dass Labour wieder an der Reihe ist, sich in defensiven Abwehrkämpfen zu verzetteln und mittelfristig den Anschluss an die Mitte zu verlieren.

NEUE DEBATTEN

Es gibt auch Nachrichten, die es nahelegen, dass Labour dieses Mal das Schicksal der Isolierung erspart bleiben könnte. Zum einen wird auch in Großbritannien das Wahlverhalten immer volatiler: 1950 wählten noch 86 Prozent der Briten eine der beiden großen Parteien, 2010 waren es nur mehr 65; die Grünen wurden in einem Wahlkreis in Brighton stärkste Partei, lokales Engagement kann Wahlen gewinnen. Zum anderen hat David Camerons neues Gesicht der Konservativen die Anhänger von Labour nicht in dem Ausmaß überzeugt, wie einst Tony Blair konservative Schichten zu sich ziehen konnte.

In diesen Zeiten des Umbruchs werden aber auch neue Ideen entwickelt, die ein Comeback des progressiven Lagers erleichtern könnten. Zum einen wäre dabei James Purnell zu nennen, der vor einem halben Jahr aus der Politik ausgeschieden ist und der jetzt wissenschaftlich tätig ist. Er hat mit einem Artikel über (Amartya) »Sen and Sensibility« (in *Prospect* 163) die Debatte eröffnet. Darin versucht er die Brücke zu bauen zwischen staatlicher Aktivität, um Unsicherheit in der Gesellschaft abzubauen und dem Ziel individuelle Ambitionen nicht einzuschränken.

Das wäre kein neues Thema, wichtiger scheint zu sein, dass Purnell in der rückblickenden Kritik der Jahre von Labour an der Regierung ein großes Defizit sieht: Dass es nicht gelungen ist, (politische und ökonomische) Macht breiter zu verteilen. Ebenfalls unter diesem Aspekt lesenswert ist Richard Reeves »The liberal Republic« (DEMOS Broschüre): Denn hier wird klar, dass diese (Neu)Verteilung von Macht ein durchgängiges neues Bild ist, um das sich links der Mitte die Diskussionen zu drehen beginnen. »There can be no prospect that individuals are ever at the mercy of another. That principle will require vastly different institutional formations, but the principle itself is the bedrock of a liberal republic.« Kaum ist man in Opposition, ist die Konzentration von Macht ein Problem. Aber vielleicht sollte man bedenken, dass stets eine Mehrzahl der Menschen nicht der regierenden Gruppe (im engeren Sinn) angehört. 

MAG. STEFAN WALLY

ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter
im Amt der Salzburger Landesregierung.



MICHAEL ESSIEN

PAINTING OF MICHAEL ESSIEN, FROM THE GHANIAN NATIONAL SOCCER TEAM. PAINTED IN 2009 BY ISAAC OTCHERE. OIL PAINTING ON CANVAS, 90 X 160 CM.

Next Labour?

UNITED KINGDOM Nach der Wahlniederlage der Labour Party bewerben sich sechs KandidatInnen um den Job des »Party Leader«. In der Auseinandersetzung um das Erbe von Brown und Blair geht es nicht zuletzt um die Frage: Was bleibt von »New Labour«?

Das Abrutschen unter die 30%-Marke und der deutlich geschrumpfte Abstand zu den Liberaldemokraten ruft in der Labour Party heftige Kritik hervor: Die Partei habe den Sinn für die Realität verloren, ihre Führung folge nur mehr dogmatischen Vorgaben. Das Wahlprogramm sei dementsprechend »the longest suicide note in history« gewesen. Hinterbänkler und Newcomer unter den Labour-Abgeordneten fordern daher vor allem eines: Einen grundlegenden Politikwandel und eine Parteireform, die zu einer nachhaltigen Verschiebung innerparteilicher Machtverhältnisse führen soll.

Das war 1983. Damals hatte das Ergebnis innerparteiliche Konsequenzen: Im Gefolge der damaligen Wahlniederlage begann unter dem neuen Parteichef Neil Kinnock der rasche Aufstieg von Tony Blair und Gordon Brown. Sie vollendeten ab 1994 die Entwicklung der Partei zu »New Labour«: Gewerkschaften und lokale Parteigruppen wurden entmachtet, eine Abkehr von als zu links bzw. zu gewerkschaftsfreundlich empfundenen Positionen wurde vollzogen. Nach 13 Jahren in der Regierung – Labours historisch längster Regierungsperiode – hat der Stimmanteil bei den Unterhauswahlen 2010 das Rekordtief von 1983 allerdings beinahe wieder erreicht. Anders als 1983 ist aber bislang offen, ob das ähnlich desaströse Ergebnis ähnlich weitreichende Folgen haben wird.

Inhaltlich ist die Partei auf ihren Kurs des »Dritten Wegs«, auf ihre Politik »jenseits von Links und Rechts« fixiert. Bis jetzt. Denn angesichts grundlegend veränderter Rahmenbedingungen stellt sich auch für »New Labour« die Frage, nach grundlegenden Veränderungen. Zwar hat Labour bei den Unterhauswahlen mit 91 Sitzen so viele Abgeordnete verloren wie noch bei keinem Wahlgang seit fast 80 Jahren, aber der »elec-

toral wipe-out«, mit dem auch innerparteilich lange gerechnet wurde, ist ausgeblieben. David Cameron muss das Land ohne eigene Mehrheit in einer Koalition mit den Liberaldemokraten regieren. Labour muss unter diesen bisher ungekannten Voraussetzungen in der Opposition Tritt fassen, die Ursachen für die eigene Niederlage analysieren, einen politischen Kurs festlegen und nicht zuletzt: einen neuen Parteichef küren.

NEUES SPIEL, NEUES GLÜCK?

Im Unterschied zu 1983 sind die Hoffnungsträger der Zukunft, die sich um die Führung der Partei bewerben, mit der bisherigen Parteilite weitgehend identisch: David Miliband war unter Tony Blair Chef der politischen Abteilung der Labour Party und – ab 1997 – des Premierministers und wurde 2001 ins britische Unterhaus gewählt. 2006 wurde er Umwelt- und 2008 Außenminister. Sein Bruder, Ed Miliband, leitete den wirtschaftspolitischen Beraterstab von Schatzkanzler Gordon Brown und wurde 2005 ins Unterhaus gewählt. 2007 betraute ihn Gordon Brown nach seiner Kür zum Premierminister mit der Leitung des Cabinet Office, 2008 wurde Ed Miliband Minister für Energie und Klimaschutz. Ed Balls gehörte seit 1994 zum Beraterstab von Gordon Brown, wurde 2001 ins Parlament gewählt und führte seit 2007 das Schul- und Familienministerium. Andy Burnham gehörte dem Unterhaus seit 2001 an und war in der Regierung Brown Budgetminister im Schatzamt, Kultur- und Medienminister und schließlich Gesundheitsminister.

Nur die linken Außenseiter im Rennen um die Parteispitze, John McDonnell und Diane Abbott, gehörten nie der Regierung an. Wohl auch deshalb sind sie die einzigen, die ganz offen einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Kurs von »New Labour« und der Wahlniederlage herstellen:

- 1) John McDonnell, Lead resistance to the cuts, 1.6.2010, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/jun/01/labour-leadership-hustings-john-mcdonnell>.
- 2) Diane Abbott, I voted against the Iraq war, 1.6.2010, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/jun/01/labour-leadership-hustings-diane-abbott>.
- 3) Peter Mandelson, New labour is dead, says Lord Mandelson is he prepares to publish memoirs, 3.6.2010, <http://www.guardian.co.uk/politics/2010/jun/03/new-labour-dead-lord-mandelson-memoir>.
- 4) David Miliband, Next Labour: Winning the Battle of Ideas, 17.5.2010, http://www.davidmiliband.info/speeches/speeches_010_05.htm.

- 5) Peter Mandelson, New Labour is dead. Long live new Labour, 3.6.2010, http://www.timesonline.co.uk/tol/comment/columnists/guest_contributors/article7142863.ece.
- 6) David Miliband, Purge these 80s demons, 1.6.2010, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/jun/01/labour-leadership-hustings-david-miliband>.
- 7) Liam Byrne, Would-be leaders, take the Mrs Duffy test, 14.5.2010, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/may/14/duffy-labour-welfare-immigration>.
- 8) Peter Mandelson/Roger Liddle, The Blair Revolution (1996) 18.

Das Eindringen des Neoliberalismus in die Psyche der Regierung habe den Markt entarten, die Finanzindustrie dominant werden, die Industrieproduktion sinken und die Schulden einen kritischen Punkt erreichen lassen. Durch Privatisierungsmaßnahmen seien Milliardeninvestitionen in Gesundheit und Bildung wirkungslos verpufft.¹ Der Irak-Krieg sei nicht nur an sich falsch gewesen, er hätte auch signalisiert, dass Labour den Kontakt zu den Menschen verloren und ihre Anliegen nicht ernst genommen habe.²

DER LANGE ATEM DER DÄMONEN

Demgegenüber vermeiden es die »etablierten« Kandidaten aus nachvollziehbaren Motiven, allzu grundsätzlich mit dem Kurs von »New Labour« ins Gericht zu gehen. Ihre Kritik ist differenzierter, verhaltener und oft nur zwischen den Zeilen erkennbar. Dennoch erscheint auffällig, wie bereitwillig gerade die engsten Vertrauten Blairs den Begriff »New Labour« opfern: Lord Mandelson, der als einer der Architekten des »Dritten Wegs« gilt, erklärte »New Labour« kurzerhand für tot.³ David Miliband, der lange Zeit als blairistischer »Kronprinz« galt, stellte bereits in seiner ersten Rede als Vorsitzskandidat klar, dass »New Labour« inzwischen »nicht mehr neu ist... Was zählt ist »Next Labour.«⁴

Doch hinter diesem semantischen Stilbruch von Mandelson und David Miliband steht wohl weniger der Wunsch nach einem Kurswechsel als vielmehr eine geschickte rhetorische Wendung für die Forderung nach »more of the same«: »Eine neue Generation von Parteiführern wird die Begriffe, die uns definiert haben, hinter sich lassen. Aber sie dürfen unsere Ideen nicht aufgeben«, stellt Mandelson klar.⁵ In diese Kerbe schlägt auch David Miliband: Anders als am Beginn der Blair-Ära sei Labour nicht glaubwürdig für »Fortschritt« und »Reformen« gestanden, insbesondere was den öffentlichen Dienst betreffe. Mit einem bemerkenswerten argumentativen Kunstgriff gelingt es ihm »Old Labour« sogar für das Scheitern von »New

Labour« verantwortlich zu machen: »Wir waren von Labours Dämonen der 1980er-Jahre gefangen während sich die Politik weiterentwickelt hat.«⁶ Angesichts der Tatsache, dass »New Labour« die wohl einschneidendsten Strukturreformen in der Geschichte des öffentlichen Sektors vorgenommen hat, ist hier aber wohl die Frage zu stellen, ob David Miliband nicht Ursache und Wirkung vertauscht: Allen Warnungen und Protesten der Parteilinken und der Gewerkschaften zum Trotz hat die Regierung eine grundlegende Vermarktlichung sozialer Dienstleistungen vorgenommen.

Der Eifer hatte nur zuletzt nachgelassen, als Gordon Brown angesichts der anstehenden Wahlen Wirtschaftsminister Mandelson daran hinderte, eine Privatisierung der britischen Post gegen den Widerstand der Postgewerkschaft durchzukämpfen. Ob in diesem Zusammenhang größerer »Reformwille« die Labour Party vor einer Niederlage bewahrt hätte, darf bezweifelt werden.

ENTTÄUSCHTE »HARD-WORKING FAMILIES«

Viel zentraler erscheint ein anderer Punkt: Dass »New Labour« die selbstgesteckten Erwartungen nicht erfüllt hat. Browns letzter Budgetminister Liam Byrne formuliert das so: »Als Gordon Brown und Tony Blair »New Labours« Prinzipien aufgestellt haben, standen Arbeit, Chancen und das Streben nach Aufstieg im Vordergrund. Wir sagten: »Spiele nach den Regeln und du wirst belohnt.« Heute haben aber viele Familien – ob sie nun im Handel, in der Industrie, im Dienstleistungssektor oder am Bau arbeiten – den Eindruck, dass sie härter denn je arbeiten und trotzdem nicht über die Runden kommen.«⁷

Tatsächlich versuchten die Ideologen des Dritten Wegs, die »hart arbeitenden Familien« zum Bezugspunkt ihrer Politik zu machen: »Während die alte Linke es als ihre Aufgabe ansah, die Gewerkschaften, Interessensgruppen und die »Arbeiterklasse« zu vertreten, und während die Rechte es als ihre Rolle ansah,

die Reichen und machtvolle Wirtschaftsinteressen zu schützen, steht »New Labour« für die normalen Familien, die hart arbeiten und sich an die Regeln halten.«⁸

87 der 90 verlorenen Sitze gingen in England verloren, rund zwei Drittel büßte sie in den wohlhabenderen Midlands und im Süden des Landes ein. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Labour diese Wahlen keineswegs in der Mittelschicht, sondern in der ArbeiterInnenschaft verloren hat. Die Verluste in der Mittel- und der unteren Mittelschicht liegen mit 2 bzw. 4 Prozentpunkten im Schnitt deutlich unter dem Gesamtverlust von rund 6 Prozentpunkten. Bei FacharbeiterInnen hat Labour hingegen 11, bei angelernten bzw. ungelernten ArbeiterInnen 8 Prozentpunkte eingebüßt.⁹

DER BROWN-FAKTOR?

Es würde wohl auch zu kurz greifen, die mangelnde Strahlkraft Gordon Browns oder die aktuelle Wirtschaftskrise für diese Verluste verantwortlich zu machen – auch wenn beides sicherlich eine Rolle gespielt hat. Die Ergebnisse der Unterhauswahlen 2010 setzen einen Trend fort, der schon bei den noch von Tony Blair geschlagenen Wahlen 2005 zum Tragen kam¹⁰: Gegenüber 1997¹¹ büßte Labour damals bei den FacharbeiterInnen 10 Prozentpunkte, bei an- oder ungelernten ArbeiterInnen 11 Prozentpunkte ein. Demgegenüber erweist sich die Unterstützung der unteren und gehobenen Mittelschicht als wesentlich stabiler: Kumuliert hat der Stimmanteil der Labour Party zwischen 1997 und 2010 in der unteren bzw. oberen Mittelschicht um »nur« 9 Prozentpunkte bzw. 5 Prozentpunkte abgenommen. Bei ArbeiterInnen aller Qualifikationsstufen waren es hingegen rund 20 Prozentpunkte (siehe Tabelle S. 36).

Dies hat entscheidend zur Niederlage »New Labours« beigetragen, auch wenn sich der Wandel der Sozialstruktur in Großbritannien in den letzten zehn Jahren fortgesetzt hat: Der Anteil der ArbeiterInnen an der Gesamtbevölkerung hat sich

9) Ipsos MORI, How Britain voted in 2010, 21.5.2010, <http://www.ipsos-mori.com/researchpublications/researcharchive/poll.aspx?oItemId=2613&view=wide>.

10) Ipsos MORI, How Britain voted in 2005, 16.5.2005, <http://www.ipsos-mori.com/researchpublications/researcharchive/poll.aspx?oItemId=2252&view=wide>.

11) Ipsos MORI, How Britain voted in 1997, Mai 1997, <http://www.ipsos-mori.com/researchpublications/researcharchive/poll.aspx?oItemId=2149&view=wide>.

zwischen 1998 und 2008 von 52% auf 45% reduziert, während die untere Mittelschicht rund 29% und die Mittel- und Oberschicht rund 27% der Bevölkerung ausmacht.¹²

In Summe ergibt das ein relativ klares Bild: Labour hat, wie in den 70er- und 80er-Jahren das Vertrauen von wesentlichen Teilen seiner Kernschichten verloren. Das Schreckgespenst des konservativen Sozialkahltschlags, mit dem Labour im Wesentlichen die Mehrheit bei den letzten Wahlen erobert und verteidigt hatte, reichte diesmal nicht mehr, um die massenhafte Enttäuschung zu kompensieren. Dabei darf nicht unterschätzt werden, welche Rolle das britische Mehrheitswahlrecht und die Einteilung der Wahlkreise bereits bei den Unterhauswahlen 2005 gespielt hatte: Mit 35,2% der Stimmen erzielte Labour damals 349 Mandate, mit rund 36% holten die Tories 2010 gerade einmal 307 Sitze. Umgekehrt kamen die Konservativen 2005 mit 32% auf 210 Sitze, Labour lukrierte heuer mit 29% der Stimmen 258 Mandate.

DIE ALTERNATIVEN

Der klare empirische Befund veranlasst auch manche der prominenteren Kandidaten zu einem kritischen Rückblick: So macht Ed Balls neben steuerpolitischen Fehlentscheidungen und dem Thema Sicherheit auch die unbefriedigende Lohnhöhe, die von der Labour-Regierung erhöhten Schul- und Hochschulgebühren und die Vernachlässigung des sozialen Wohnbaus dafür verantwortlich, dass Labour bei ArbeiterInnen verloren hat: »Für zu viele Familien bedeutet Globalisierung nicht nur, dass sie billige Kinderkleidung in ihrem lokalen Supermarkt kaufen können. Es bedeutet in der Praxis oft auch, dass Dad keinen gutbezahlten Arbeitsplatz findet, wie er einen früher gehabt hat.«¹³

Balls setzt aber auch auf eine Verschärfung des Tons in der Migrationsfrage: Labour habe zuviel ArbeitsmigrantInnen aus Osteuropa zugelassen und dadurch Migration zum Wahlkampfthema gemacht.¹⁴ Auch Andy Burnham versucht

- 12) Ipsos MORI, Social Grade (2009) 2 f.
- 13) Ed Balls, Show voters we do ‚get it‘, 1.6.2010, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/jun/01/labour-leadership-hustings-ed-balls>.
- 14) Ed Balls, We were wrong to allow so many Eastern Europeans into Britain, 6.6.2010, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/jun/06/ed-balls-europe-immigration-labour>.
- 15) Rebuild a true people’s party, 1.6.2010, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/jun/01/labour-leadership-hustings-andy-burnham>.
- 16) Ed Miliband, Our values must shine through, 1.6.2010, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/jun/01/labour-leadership-hustings-ed-miliband>

- 17) Ed Miliband, I’m standing for the leadership of the Labour Party, 14.5.2010, <http://edmiliband.org/2010/05/14/building-a-modern-movement-on-ideas-values-and-community/>
- 18) Andrew Rawnsley, Burying everything New Labour did is not the road to recovery, 30.5.2010, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/may/30/andrew-rawnsley-labour-leadership-campaign>.

es mit einem Schwenk nach rechts in der Migrations- und Sicherheitsfrage: Als Antwort für enttäuschte WählerInnen der Labour Party bietet er vor allem »harte Entscheidungen« im Zusammenhang mit »anti-sozialem« Benehmen an. »Themen wie diese sind nicht immer die einfachsten für eine Mitte-Links-Partei. Aber wir müssen die Sorgen der Menschen ernst nehmen und darauf Antworten geben.«¹⁵

Ed Miliband versucht sich als nachdenklicher, gemäßigt linker Kandidat jenseits von solchen Law-and-order-Tönen zu positionieren: Zwar habe Labour in der Regierung viel erreicht, doch habe man zu langsam auf den sinkenden Lebensstandard und Probleme in der Wohnbaupolitik reagiert und einen zu schlampigen Umgang mit Bürgerrechten gepflegt.¹⁶ Nun müssten Parteimitglieder und Gewerkschaften gemeinsam mit den Abgeordneten einen Reformprozess der Partei gestalten.¹⁷ Als ersten Akzent hat Ed Miliband eine Kampagne für ein »living wage«, ein an die Lebenshaltungskosten angepasstes Mindesteinkommen, gestartet. Damit sucht er nicht zuletzt auch den Kontakt mit den Gewerkschaften, die seit Jahren auf eine deutliche Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns drängen.

Bislang gelingt Ed Miliband diese Positionierung als der »andere Miliband« recht gut. Er hat mit Neil Kinnock sowohl einen als »Modernisierer« anerkannten Vertreter Labours als auch mit Tony Benn eine unumstrittene Autorität des linken Parteiflügels als Unterstützer gewonnen. Bislang hat er knapp hinter seinem Bruder David auch die zweitmeisten Nominierungen von Labour-Abgeordneten erhalten.

DIE KÜR DES NEUEN LABOUR LEADERS

Neben den Milibands hat bislang nur Ed Balls die 33 Nominierungen erhalten, die als Voraussetzung für die Teilnahme an der Urabstimmung unter den Parteimitgliedern gelten. Insbesondere ob die Parteilinken John McDonnell und Diane Abbott die notwendigen Erklärungen zusammenbekommen,


scheint fraglich. Von Ende August bis Ende September werden schließlich die Mitglieder der Partei entscheiden, wer die Geschicke der Partei künftig leitet. Die Befürchtung, Labour könnte im Zuge ihrer Neuorientierung alles, was »New Labour« erreicht habe, »beerdigen«, erscheint jedoch jedenfalls unangebracht.¹⁸ Keiner der vier Kandidaten, die als realistisch gelten können, hat vor, einen offenen Bruch mit »New Labour« zu vollziehen.

Das Dilemma der neuen Generation potenzieller Labour-Führer ist ein ganz anderes: Es besteht darin, dass sie einen grundlegenden Neubeginn – mit unterschiedlichen Akzenten – versprechen, ohne substantiell zu erklären, was in den 13 Jahren der Labour-Regierung schief gegangen ist. Nun mag Abgehobenheit und Technokratentum einer Regierung eine Rolle spielen – wenn aber zwischen der Hälfte und einem Drittel der WählerInnen in den Kernschichten der Partei wegfallen, so kann das vernünftigerweise nicht nur damit erklärt werden, dass man »nicht mit den Menschen gesprochen« hat. Man wird es, insbesondere da die rechtsextreme BNP deutlich schwächer als befürchtet abgeschnitten hat, auch nicht befriedigend mit dem Migrationsthema erklären können.

Und es ist auch wenig erhellend, wenn gerade die beiden Kandidaten – Ed Balls und Ed Miliband –, die in ihrer Karriere in die Wirtschafts- und Budgetpolitik der Ära Blair/Brown involviert waren, plötzlich davon überrascht werden, dass die Einkommenszufriedenheit von ArbeiterInnen aller Qualifikationen abgenommen hat. Eine vernünftige Erklärung wird neben diesen genannten Faktoren auch berücksichtigen müssen, welchen Einfluss die von »New Labour« offen zur Schau gestellte Gleichgültigkeit gegenüber den »alten« Kernschichten gehabt hat. Sie wird auch zu untersuchen haben, wie sich die Glorifizierung des freien Marktes als Steuerungsinstrument in der Finanzwirtschaft, in der Industrie und im Sozialstaat auf die Einkommen und die Lebenssituation der arbeitenden Menschen ausgewirkt haben. Und es wird nicht zuletzt nötig

sein, die Entdemokratisierung der Partei, die damit verbundene Beseitigung der lokalen Verankerung und die deshalb gesunkene Kampagnenfähigkeit Labours zu hinterfragen.

Es wäre verheerend, würde sich Labour in permanenter Selbstgeißelung verlieren. Der Verzicht auf eine grundlegende Fehleranalyse verurteilt eine Partei zu einer seltsamen Krise der Selbstidentität, wie sie die SPD seit dem Abgang Gerhard Schröders durchlebt: Schlimmer als eine kritische Revision der bisherigen Politik ist eine kritische Revision, die behaupten muss, dass es so wie bisher auch okay war.

Dennoch greift es zu kurz, das zwischen den Favoriten ausgetragene Rennen um die Parteiführung nur als ein Match zwischen Kandidaten, die »alle gleich aussehen, alle gleich klingen und alle im Wesentlichen das Gleiche denken« – wie Diane Abbott es formuliert –, zu sehen. Angesichts der mangelnden innerparteilichen Bedeutung der beiden linken KandidatInnen ist es durchaus sinnvoll, sich mit den unterschiedlichen Akzenten der aussichtsreicheren Kandidaten auseinanderzusetzen. Auch wenn sie in vielerlei Hinsicht gleich klingen mögen – die politischen Perspektiven der »etablierten« Kandidaten bewegen sich in einer Bandbreite zwischen inhaltlicher Abkehr vom ruinösen Dogmatismus des »Dritten Wegs« und dessen verschärfter Weiterentwicklung. 



LUDWIG DVOŘAK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT und absolviert derzeit die Gerichtspraxis im Sprengel des OLG Wien.

AFRIKA SCOORT!

TROPENMUSEUM AMSTERDAM





NIGERIAN STREET SOCCER PLAYER | FOTO: RICHARD MULONGA

AFRIKA SCOORT!

TROPENMUSEUM AMSTERDAM



Halb leer oder halb voll?

FORTSCHRITT Was ist heute progressiv? Tobias Dürr spürt der Frage nach, welche Bedeutung der Fortschrittsbegriff in der Gegenwart hat – und warum er gerade für die Sozialdemokratie unverzichtbar ist.

Ich möchte heute darüber sprechen, dass und warum wir heute Fortschritt brauchen – ganz dringend sogar; darüber dass – angemessen verstandener – Fortschritt auch unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts möglich ist. Ich meine sogar, dass es angesichts der Probleme unserer Zeit und angesichts der schon jetzt vorhersehbaren ebenso wie der noch gar nicht erkennbaren Probleme der kommenden Jahrzehnte gar kein Weg darum herumführt, in eine neue Ära einzutreten, die von einem Willen zum Fortschritt, zur Erneuerung mit dem Ziel der Verbesserung unserer Gesellschaften geprägt sein muss.

ZWISCHEN VERNEINUNG UND ANPASSUNG

Allzu oft sind gerade Sozialdemokraten und andere Progressive in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hin und her geschlingert zwischen zwei Optionen: der bloßen Verneinung von Veränderung einerseits; und andererseits der allzu defensiven und willfährigen Anpassung an einen vorherrschenden Zeitgeist, der sich um Markt, Individuum und materiellen Zugewinn drehte. Dadurch wirkten Sozialdemokraten entweder irgendwie bockig, miesepetrig, sauertöpfisch, aus der Zeit gefallen – und deshalb schlicht unattraktiv. Oder – Option zwei – sie ließen sich ein bisschen zu leichtfertig auf die Verhältnisse ein und schwammen mit dem Strom.

In dem Fall erschienen sie nicht selten allzu geschmeidig, allzu opportunistisch und deshalb wenig vertrauenswürdig, kaum noch authentisch. Und wo sich dann obendrein noch beide Tendenzen in einer einzigen Partei gegenseitig bekämpften, so wie in der innerlich zutiefst gespaltenen SPD in Deutschland (Stichwort »Hartz IV«), da passte schließlich gar nichts mehr zusammen. Und das haben die Leute natürlich gespürt.

Weder die bloße Verneinung von Veränderung noch die allzu willfährige Anpassung an vorherrschende Stimmungen halte ich für progressiv. Was gerade Sozialdemokraten in etlichen europäischen Gesellschaften verloren gegangen ist, das ist die Begabung zu intelligenter und kreativer Zeitgenossenschaft: die Fähigkeit, sich ganz tief auf die bestehenden Verhältnisse, Mentalitäten und Stimmungen der Gesellschaft einzulassen, dies aber gerade zu tun, um diese Mentalitäten und Stimmungen im Sinne eigener, originär sozialdemokratischer Werte und Ziele zu verändern. Nicht in der Schmollecke der ewigen Besserwisser sitzen zu bleiben, aber auch nicht anderen hinterher zu laufen, sondern selbst attraktiv genug werden, um andere für sich und die eigenen Vorstellungen zu begeistern – darauf käme es an, darauf kommt es an, darauf wird es weiterhin ankommen.

KING RIEF NICHT »I HAVE A NIGHTMARE«

Anders gesagt: In Fragen progressiver Politik und auch dann, wenn ich progressiven Politikern Ratschläge geben darf, bin ich immer dafür, ein zur Hälfte gefülltes Glas nicht »halb leer«, sondern laut und deutlich »halb voll« zu nennen – und dann die Zufriedenheit über das bisher Erreichte zum Ausgangspunkt weiterer Bemühungen zu machen. Es gibt Parteien, die politisch davon leben, dass sie immer alle Gläser mit großer Empörung für mindestens »halb leer« erklären. Manche dieser Parteien nennen sich sogar »links«.

Das hat sich ein bisschen zu sehr durchgesetzt: »Links«, das ist heute für viele das – vielfach berechnete, aber zumeist sterile – Anprangern von Missständen und Schuldigen. Mir wäre es lieber, mit »links« würden die Menschen heute spontan Ideen und Kreativität und Zukunft und Fortschritt verbinden. So – im Grunde nur so – entsteht politische Wirkungsmacht. Nur

1) Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens: Von den Anfängen der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, München: Beck 2009

2) Jürgen Habermas, *Die Moderne – ein unvollendetes Projekt*, in: Derselbe, *Zeitdiagnosen: 12 Essays*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2003 (zuerst veröffentlicht 1981)

3) Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates: Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Wien: Ueberreuter 1994, S. 456

so lassen sich bei Menschen Zustimmung, Hoffnung sowie die Bereitschaft zum gemeinsamen Aufbruch erwecken und wachhalten. Martin Luther King wusste, warum er nicht mit dem Satz »I have a nightmare« vor seine Zuhörer trat.

Warum gibt es heute offensichtlich keine Partei, die mit Mann und Maus offensiv für sozialen Fortschritt streitet? Warum gehört heute fast schon ein kleines bisschen Mut dazu, frei heraus für die Wiederbelebung der Kategorie und das Lebensgefühl des Fortschritts einzutreten – erst recht im politischen Spektrum links der Mitte? Das ist schon bemerkenswert, denn der Begriff Fortschritt und sein Inhalt sind für sich genommen ja überhaupt nicht anstößig.

THOSE WERE THE DAYS

Im Gegenteil: Für die gesamte politische Kultur des Westens ist der Fortschritt – jedenfalls als regulative Idee – spätestens seit Aufklärung und der Französischen Revolution schlechthin konstitutiv. Ab und zu wird diese Haltung sogar noch ganz selbstbewusst postuliert: »Der Anspruch der unveräußerlichen Menschenrechte bleibt ein universaler«, schreibt zum Beispiel der Historiker Heinrich August Winkler, »und solange sie [die Menschenrechte] nicht weltweit gelten, ist das normative Projekt des Westens unvollendet.«¹ Ohne Fortschritt kein Westen im normativen Sinne, so könnte man als Faustregel wohl formulieren. Und erst recht: Ohne Fortschritt keine linke oder liberale Politik.

Aber es ist offensichtlich: Die Idee und – mehr noch – die Haltung, das Lebensgefühl des Fortschritts sind ins Hintertreffen geraten. Die grundlegende Annahme der Möglichkeit einer positiven Entwicklung der Verhältnisse oder, wie es Jürgen Habermas formuliert hat, die »Vorstellung vom unendlichen Fortschritt der Erkenntnis und eines Fortschreitens zum gesellschaftlich und moralisch Besseren«² – das alles wird inzwischen in höchstem Maße in Frage gestellt – ganz sicher in den Gesellschaften des westlichen Europa.

Wer heute – wie ich – Lanzen für die Grundidee des Fortschritts bricht, von dessen Notwendigkeit, aber auch von dessen Möglichkeit spricht, der gerät ziemlich schnell in den Verdacht, vielleicht ein bisschen naiv zu sein. Der wird für seinen »unschuldigen Optimismus« (Tony Judt) belächelt. Der muss sich anhören, nicht genug von der Geschichte des 20. Jahrhunderts verstanden zu haben – davon nämlich, wie doch gerade unter dem wacker im Winde knatternden Banner des Fortschritts die größten Verbrechen angerichtet und die schrecklichsten Katastrophen heraufbeschworen wurden.

Und es stimmt ja auch, wer heute dem Fortschritt das Wort redet, der tut schon ganz gut daran, einmal nachzuschauen, was da eigentlich schief gelaufen ist. Die Entwicklungen in vielen Staaten des Westens verliefen dabei überraschend ähnlich, und besonders parallel verliefen die Entwicklungslinien in Deutschland und in Österreich. Die »Ära des sozialliberalen Konsenses«, wie sie beispielsweise der Historiker Ernst Hanisch für Österreich beschreibt, trat mit der Kanzlerschaft Willy Brandts auch in Deutschland ein.³ Wo Willy Brandt »mehr Demokratie wagen« wollte, sprach Bruno Kreisky von der »Demokratisierung der Gesellschaft«. Hier wie dort und auch anderenorts erlebten die Gesellschaften um die Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren eine Zeit des reformpolitischen Aufbruchs, getragen von einer im Nachhinein tatsächlich naiv anmutenden, aber damals genuinen Hoffnung, eine bessere Zukunft könne planvoll aufgebaut und systematisch ausgestaltet werden. Dieser Aufbruch und diese Hoffnung wurden vor allem mit den Sozialdemokraten verbunden.

Das Ende dieser unbeschwerten Aufbruchs- und Modernisierungseuphorie sollte, wie sich im Nachhinein zeigt, im Grunde bereits mit dem ersten Ölschock vom Oktober 1973 anbrechen. Was folgte, waren immer neue Enttäuschungen, war der Verlust der grundlegenden Zuversicht innerhalb der Gesellschaft, die Zukunft gestalten zu können. Wo ein paar Jahre zuvor noch fast alles möglich und der Fortschrittshorizont weit offen schien, da warfen in der Wissenschaft »libe-

ralkonservative Tendenzwandler« (Jens Hacke) schon ab Mitte der siebziger Jahre die bange Frage nach der »Regierbarkeit« oder »Unregierbarkeit« westlicher Gesellschaften auf.⁴ Sozialdemokratische Regierungen verhedderten sich derweil im Krisenmanagement. Mit der Zukunftsgewissheit der Sozialdemokraten war es dahin.

ZUKUNFT »NEGATIV BESETZT«

Mit ihrer Zukunftsgewissheit verlor die Sozialdemokratie auch die gesellschaftliche Deutungshoheit. Im öffentlichen Diskurs gewannen nun marktliberale und neokonservative Positionen die Oberhand. Der Wind hatte sich auf ganz grundlegende Weise gedreht. Nun traten Margaret Thatcher in Großbritannien, Ronald Reagan in den Vereinigten Staaten, auch Helmut Kohl in Deutschland mit ebenso großem Sendungs- und Selbstbewusstsein auf wie nur ein gutes Jahrzehnt zuvor Willy Brandt, Olof Palme oder Bruno Kreisky.

Die langfristige Wirkungsmacht der Wetterwende, die sich schon seit der Mitte der siebziger Jahre angebahnt hatte, lässt sich gar nicht überschätzen. Schon 1984 – also inzwischen vor einem vollen Vierteljahrhundert – zog Jürgen Habermas eine sehr grundsätzliche Schadensbilanz: »Der Horizont der Zukunft hat sich zusammengezogen und den Zeitgeist wie die Politik gründlich verändert«, schrieb der Frankfurter Sozialphilosoph damals. »Die Zukunft ist negativ besetzt.«⁵ Und was damals schon zutraf, das gilt heute erst recht. Die ungestümen Umbrüche in den drei Jahrzehnten marktradikaler Hegemonie, die hinter uns liegen, haben eine tiefsitzende Fortschritts- und Zukunftsskepsis gerade in derjenigen politischen Familie ausgelöst haben, die historisch und bis in die siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts die entschiedenste Vertreterin der Fortschrittsidee war.

SELBST ERNANNT PROGRESSIVE ÜBERALL

Zugleich aber – und das ist das Paradoxe und Irritierende, vielleicht Ermutigende – erleben wir, dass die Kategorie »progressiv« derzeit eine wahre Hochkonjunktur erlebt. Viele

wollen derzeit progressiv sein. »Die selbst ernannten Progressiven sind überall«, spottet der britische Politikwissenschaftler David Marquand.⁶ In Großbritannien geht das so weit, dass ausgerechnet die Konservative Partei unter David Cameron mittlerweile den Anspruch erhebt, »more progressive« zu sein als die Labour Party. Und in Deutschland sowie einigen anderen europäischen Ländern, wo sich Sozialdemokraten allein inzwischen weit von eigenen Mehrheiten entfernt sind, dient die Kategorie »progressiv« manchen Akteuren schlicht dazu, dem machtpolitischen Kalkül Rot-Rot-Grün irgendeinen Begriffsrahmen zu zimmern – auf dass es erhabener wirke als das bloße Zusammenrechnen von Stimmenanteilen und Mandaten.

Das alles ist politische Semantik und als solche selbstverständlich legitim. Auf dem Spielfeld stehen viele selbst ernannte Progressive, aber man erkennt (noch) kein emphatisches progressives Projekt, kein mitreißendes progressives Lebensgefühl. Das darf so nicht bleiben. Denn als reine Signifikanten mit beliebigen Zuschreibungen werden die Begriffe »progressiv« oder »progressive Politik« natürlich schnell entwertet und zu Tode geritten. Wo alles Mögliche als progressiv durchgehen kann, da ist im Grunde gar nichts progressiv.

Wer meint, dass wir im 21. Jahrhundert dringend Fortschritt brauchen, gerade wer meint, dass sich die »progressiven Kräfte« deshalb in der Tat zusammentun sollten, der muss ein dringendes Interesse daran haben, dass genauer geklärt wird, worin der Fortschritt den eigentlich bestehen soll – und worin nicht. Also: Warum brauchen wir einen progressiven Aufbruch im emphatischen Sinn? Und wie soll er aussehen?

FORTSCHRITT JETZT – WORAUF ES ANKOMMT

Das ungebrochene, teleologische Fortschrittsdenken funktioniert nicht mehr. Fortschritt lässt sich heute weniger denn je als planmäßig zu vollendendes historisches Großprojekt vorantreiben, einem Tunnelbau gleich, der irgendwann mit dem großen Durchbruch ins gleißende Sonnenlicht endet. Etwas

4) Vgl. Wilhelm Hennis, Peter Graf Kielmansegg, Ulrich Matz (Hrsg.), *Regierbarkeit: Studien zu ihrer Problematisierung*, Stuttgart 1977

5) Jürgen Habermas, *Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien*, in: Derselbe, *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt am Main 1985, S. 141-163, hier S. 143

6) David Marquand, *After Progress*, in: Patrick Diamond and Roger Liddle (Hrsg.), *Beyond New Labour: The Future of Social Democracy in Britain*, London: Politico's 2009, S. 3-16

7) Anthony Giddens, *The Politics of Climate Change*, London: Polity 2009, S. 227 f.

8) Tony Judt, *What is Living and What is Dead in Social Democracy?* In: *New York Review of Books* vom 17.12.2009. Eine gekürzte deutsche Übersetzung unter dem Titel »Was ist lebendig und was ist tot an der sozialen Demokratie« ist erschienen in *Berliner Republik* (2010) 2, S. 52-59

Demut steht Progressiven also ganz gut zu Gesicht. Aber was folgt daraus? Sollten wir aber deshalb der Idee und Praxis des Fortschritts ganz und gar abschwören und uns mutlosem muddling through verschreiben, um irgendwie, vielleicht, hoffentlich das Schlimmste zu verhindern? Das Dilemma des Fortschritts, in das wir uns durch zu viel Vulgärfortschritt der Vergangenheit hineinmanövriert haben, ist nicht einfach aufzulösen.

In seinem jüngsten Buch *The Politics of Climate Change* greift der britische Soziologe Anthony Giddens die Frage anhand des sicherlich größten Problems unseres Zeitalters auf: »Unsere Zivilisation könnte sich selbst zerstören, kein Zweifel«, schreibt er. Und dann weiter: »Der Jüngste Tag ist nicht mehr bloß eine religiöse Vorstellung, nicht mehr nur ein Tag der spirituellen Abrechnung, sondern er steht unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft möglicherweise tatsächlich bevor. [...] Kein Wunder, dass viele Menschen Angst haben. ›Lasst uns umkehren‹, sagen sie, ›lasst uns in eine einfachere Welt zurückkehren!‹ Diese Gefühle sind vollständig verständlich, und in manchen Kontexten besitzen sie auch ganz praktische Bewandnis.

Aber es kann keine »Rückkehr« auf der ganzen Linie geben. Gerade die Ausweitung menschlicher Macht, die unsere großen Probleme verursacht hat, stellt das einzige Mittel dar, diese Probleme zu lösen – mit Wissenschaft und Technologie an der Spitze. Es wird im Jahr 2050 wahrscheinlich neun Milliarden Menschen auf der Erde geben. Danach wird sich die Weltbevölkerung hoffentlich stabilisieren, vor allem dann, wenn die am wenigsten entwickelten Länder bis dahin erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt erleben. Deshalb müssen Mittel gefunden werden, diesen neun Milliarden Menschen ein annehmbares Leben zu ermöglichen.«⁷

Ich meine, dass Tony Giddens Recht hat. Wenn überhaupt, dann werden wir die bereits eingetretenen und noch bevorstehenden Misere des 21. Jahrhunderts überhaupt nur mit

einem klaren Bekenntnis zu reflektiertem Fortschritt und reflektierter Erneuerung bewältigen können. Analog zu Ulrich Becks »reflexiver Moderne« könnte man von einem »reflexiven Fortschritt« sprechen.

EINE SOZIALDEMOKRATIE DER ANGST?

Der romantische Wunsch nach der Rückkehr zum einfachen Leben ist das eine. Der andere große Einwand, der gegen eine moderne linke Fortschrittspolitik für das 21. Jahrhundert erhoben wird, bezieht sich eher auf Gesellschaft und Sozialstaat in den entwickelten Gesellschaften des Westens, besonders in Europa. Besonders dringlich hat diesen Einwand soeben der kluge britische Historiker Tony Judt erhoben. Der Fortschritt war schon, er liegt in der Vergangenheit, er war gut, aber jetzt ist er verloren, so lautet im Kern Tony Judts Argument. Die soziale Demokratie in Europa, Franklin D. Roosevelts *New Deal* und Lyndon B. Johnsons *Great Society* in den Vereinigten Staaten – das seien direkte Antworten auf die Katastrophen, existenziellen Unsicherheiten und Ungerechtigkeiten des Zeitalters gewesen. Aber drei Jahrzehnte der Dominanz des deregulierten Marktkapitalismus und der dazu passenden Mentalitäten hätten diese Errungenschaften nahezu zerstört. Deshalb komme es jetzt nur noch darauf an, gewissermaßen in einem letzten heroischen Abwehrkampf um jeden Preis das zu verteidigen, was von ihnen überhaupt noch geblieben sei.

Wenn die Sozialdemokratie noch eine Zukunft habe, so Judt weiter, dann als »Sozialdemokratie der Angst« – nämlich der Angst vor dem »kompletten Kollaps unserer freiheitlichen Institutionen und dem völligen Zerfall des demokratischen Konsenses«: »Statt den Versuch zu unternehmen, eine Sprache des optimistischen Fortschritts zu erneuern, sollten wir anfangen, uns wieder mit unserer jüngeren Geschichte vertraut zu machen. Die erste Aufgabe radikaler Dissidenten besteht heute darin, ihr Publikum an die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts zu erinnern – und über die wahrscheinlichen Folgen des leichtfertigen Eifers zu reden, mit dem wir diese Errungenschaften zerlegen.«⁸

Um es klar zu sagen: Mit Tony Judts Motiven und Zielen stimme ich in vieler Hinsicht überein. Auch ich wünsche mir, dass sich mehr Menschen klar machen, wie unwahrscheinlich, wie kostbar und wie zerbrechlich der wohlfahrtsstaatliche Kompromiss des 20. Jahrhunderts in historischer Perspektive ist. Dennoch: Mir ist diese Position zu defensiv. Bloße Verteidigung der letzten verbleibenden sozialen Bestände aus Angst davor, dass es noch viel schlimmer kommt – das ist nicht genug. Und das wird auch nicht funktionieren – so wie jedes bloße Festhalten an Bestehendem im Zeitverlauf zum Scheitern verurteilt ist, wenn es nicht mit Erneuerung und Aktualisierung, Renovierung und Pflege, Aufbruch und Offensive verbunden ist. Ich glaube, dass wir ohne eine »Sprache des optimistischen Fortschritts« weder die Errungenschaften von gestern bewahren noch Menschen für dieses richtige Anliegen gewinnen können.

ZWEI IDEEN: EGALITÄT UND LEBENSQUALITÄT

Bleibt die wichtige Frage, welchem großen Vorhaben, welchen zentralen Ideen sich Progressive heute eigentlich verschreiben sollten. Ich sehe vor allem zwei solche Ziele, nämlich Egalität und Lebensqualität.

Erste fortschrittliche Idee für unsere Zeit: Egalität. Mir persönlich leuchtet seit langem das fortschrittspolitische Credo des großen sozialliberalen Soziologen Ralf Dahrendorf besonders ein: »Bessere Lebenschancen für mehr Menschen«, wobei Dahrendorf unter Lebenschancen »von sozialen Strukturen bereitgestellte Möglichkeiten individueller Entfaltung« verstand. Seine Vorstellung von Freiheit war dynamisch und expansiv auf deren beständige Ausweitung angelegt: »Freiheit darf kein Privileg werden, und das heißt, dass es ein Gebot der Politik der Freiheit ist, mehr Menschen, prinzipiell allen Menschen die Anrechte und das Angebot zu verschaffen, die wir selber schon genießen.«

Das ist ein guter Ausgangspunkt. Wer in diesem Sinne von Lebenschancen und Freiheit redet, der redet ebenso sehr von

Gleichheit. Denn dann geht es nicht darum, diese Ziele gegeneinander auszuspielen, sondern sie positiv zueinander in Bezug zu setzen. Progressiv ist es demnach, den Weg hin zu gleichen realen Lebens- und Verwirklichungschancen aller Menschen einzuschlagen, hin zu realen Chancen und tatsächlicher Freiheit für möglichst alle, ihr eigenes Leben zu leben. Dieser Anspruch muss prinzipiell tatsächlich für alle Menschen gelten. Gleiche Freiheit für alle: Das muss die zentrale Zielmarke progressiver Politik sein, deren tägliches Geschäft deshalb darin besteht, die Bedingungen dafür zu schaffen und zu verteidigen, dass mehr Menschen ihr eigenes Leben leben können.

Diese Position vertrete ich nicht erst seit gestern. Bis vor kurzem allerdings hielt ich sie vor allem in normativer Hinsicht für überzeugend – im Übrigen aber für ziemlich schwierig. Denn es gibt da ja etliche Widersprüche. Wie verhält sich etwa das Ziel größerer Lebens- und Verwirklichungschancen für alle Menschen überall auf der Welt mit den Problemen von Bevölkerungswachstum, Ressourcenverbrauch und Erderwärmung? »Prinzipiell allen Menschen die Anrechte und das Angebot, die wir selber schon genießen«, fordert Dahrendorf. Aber wie könnte das wohl gutgehen unter den globalen Bedingungen des 21. Jahrhunderts? Würden wir nicht nach diesem – wie gesagt: normativ richtigen – Rezept unsere globalen Lebensgrundlagen erst recht herunterwirtschaften?

Was mich dann aber ermutigt hat – und was Progressive überall ermutigen sollte –, ist das meiner Ansicht nach tatsächlich bahnbrechende Buch *The Spirit Level: Why Equality is Better for Everyone* der beiden britischen Wissenschaftler Richard Wilkinson und Kate Pickett. Dieses Buch ist gerade deshalb so bahnbrechend, weil hier eben nicht bloß mit heißem Herzen behauptet, sondern anhand von einer überwältigenden Masse vergleichenden Datenmaterials ganz nüchtern und ganz umfassend empirisch nachgewiesen wird, was wir (etwa mit Blick auf die nordischen Staaten) schon immer ahnten: dass nämlich egalitäre Gesellschaften schlicht und einfach die besseren, weil

glücklicheren und vertrauensvolleren Gesellschaften sind – aber eben auch die leistungsfähigeren, die kreativeren und die anpassungsfähigeren Gesellschaften. Ob Bildung oder soziale Mobilität, Gesundheit oder Lebenserwartung, Gewaltkriminalität oder Drogenkonsum, Nervenkrankheiten oder Säuglingssterblichkeit – um buchstäblich alle denkbaren Indikatoren der Qualität einer Gesellschaft ist es besser bestellt, je weniger die Einkommen und Lebensverhältnisse der Menschen auseinanderfallen.

Der entscheidende Punkt mit Blick auf die enormen Herausforderungen, die im 21. Jahrhundert zu bewältigen sein werden, liegt darin, dass egalitär organisierte Gesellschaften ganz einfach auch besser dazu imstande sind, ihre Probleme und die Probleme der Welt in den Griff zu bekommen.


ALSO GLEICHHEIT

Gleichheit also. So einfach – und scheinbar so unoriginell. Wir haben allen Grund, diese Idee und dieses Prinzip wieder mit viel mehr Emphase zu vertreten, als dies in den vergangenen Jahrzehnten getan worden ist. Um der Freiheit und der Lebensqualität aller Menschen willen. Damit unsere Gesellschaften besser funktionieren. Und damit dieser Planet im 21. Jahrhundert vielleicht doch nicht vollends aus dem Ruder läuft.

Zweite große fortschrittliche Idee für unsere Zeit: Lebensqualität. Oder, genauer gesagt, die Orientierung am Maßstab der Lebensqualität findet, wie bisher, am Kriterium des Wirtschaftswachstums, gemessen als Bruttoinlandsprodukt, statt.

Das Bruttoinlandsprodukt ist ja im Grund ein ganz dummer Indikator. Es wächst, wenn wir alle auf der Autobahn im Stau stehen. Es wächst, wenn auf der Nordsee ein Tanker kentert. Es wächst aber kein bisschen, wenn engagierte Ehrenamtliche benachteiligten Kindern bei den Hausaufgaben helfen. Wir sollten also lernen, uns Fortschritt auch ohne Wirtschaftswachstum vorzustellen. Und das geht ja auch. Viele der Faktoren, die immer mehr Menschen als besonders wichtig für ihr

Wohlbefinden, ihre Zufriedenheit oder, kurz, ihre Lebensqualität empfinden, bildet das Bruttosozialprodukt als Messlatte überhaupt nicht ab: Erfüllende Arbeit, gute Gesundheit, intakte Nachbarschaften, soziale Beziehungen, Bildung, Nachhaltigkeit, Umwelt, schonender Umgang mit Ressourcen, Muße, Sicherheit, Freizeit etc. Die meisten dieser Dinge und ihre Verbesserung hängen nicht davon ab, ob die Wirtschaft wächst oder nicht. Fortschritt ist also möglich! Die Richterskala der Lebensqualität und des Wohlbefindens ist – jedenfalls im Prinzip – nach oben offen. Wir müssen nur Schluss machen mit der Verknüpfung zwischen den Fortschritten, die wir tatsächlich auf vielen Gebieten erzielen können und der Bewertungsskala, mit der wir den Erfolg unserer Gesellschaft zu ermitteln versuchen. Das Bruttoinlandsprodukt taugt zu diesem Zweck jedenfalls nicht mehr.

Und wer weiß, vielleicht hat diese Neuorientierung sogar eine ganz besondere Pointe. Am Ende könnte sich nämlich sogar erweisen, dass Gesellschaften, die gleich gute Lebenschancen und Lebensqualität für alle ihre Bürgerinnen und Bürger anstreben, sogar in ökonomischer Hinsicht besser durch die Stromschnellen des 21. Jahrhunderts kommen als andere. Die Chancen dafür, dass diese Debatte auch auf der politischen Ebene jetzt endlich in Gang kommt, stehen gar nicht so schlecht. Sozialdemokraten und Grüne im Deutschen Bundestag setzen sich derzeit für eine »Fortschrittsenquete« zum Thema ein. Ein neuer Anfang wäre das allemal. 

TOBIAS DÜRR

ist Herausgeber der Zeitschrift »Berliner Republik« und Leiter des Progressiven Zentrums. Der Beitrag basiert auf seiner Rede »Was ist heute progressiv? Fortschrittliche Ideen für unsere Zeit« im Rahmen des Bruno-Kreisky-Forums.



AFRIKA SCOORT!

TROPENMUSEUM AMSTERDAM



Einfalt, Erziehung & Italien



Olivier Roy HEILIGE EINFALT

Im Schatten der Globalisierung erlebt der Glaube einen Boom. Doch während die Religion früher im Zentrum kultureller Traditionen stand, ist die neue Religiosität Ausdruck einer entwurzelten Sinnlosigkeit des Einzelnen. Der einfältige Wunsch

nach einer Religion ohne gemeinschaftliche Einbettung ist der Nährboden für religiösen Fundamentalismus und birgt massive Gefahren für Staat und Gesellschaft.

Siedler Verlag, 334 Seiten, 23,60 Euro



Antony Beevor D-DAY

Die größte militärische Operation aller Zeiten: die Invasion der Alliierten am 6. Juni 1944 in der Normandie. Beevor zeichnet diesen Tag minutiös nach – im Hauptquartier die Nervosität der Befehlshaber; die komplexe Strategie einschließlich des kühnen Täuschungsmanövers; Soldaten, die von Angst geplagt, gleichwohl stolz sind; ein Kompaniechef, der seinen Leuten im Landungsboot Shakespeares »Heinrich V.« vorliest.

C. Bertelsmann, 636 Seiten, 28,80 Euro



Mark Terkessidis INTERKULTUR

Lange Zeit bestimmte der Begriff des Multikulturalismus die Debatte über die Einwanderungsgesellschaft. Die stellte man sich vor wie ein Stadtteilstück mit Würstchen, Falafel und Cevapcici. Terkessidis plädiert für eine radikale interkulturelle Öffnung. Alle Institutionen müssten

darauf abgeklopft werden, ob sie Personen auch tatsächlich die gleichen Chancen auf Teilhabe einräumen.

Suhrkamp, 160 Seiten, 13,40 Euro



Maïke Albath DER GEIST VON TURIN

In Mussolinis Italien begegneten einander in den Dreißiger Jahren in Turin ein paar gebildete junge Leute. Sie gründeten Zeitschriften und Verlage, schrieben kritische Artikel und fühlten sich als Avantgarde. Und das waren sie. Aus dem Kreis um

Cesare Pavese, Leone und Natalia Ginzburg und den Verlag Einaudi kam jener Geist, der nach 1945 das Klima intellektueller Freiheit in Italien wesentlich geprägt hat.

Berenberg Verlag, 189 Seiten, 19,60 Euro



Elisabeth Badinter DER INFANT VON PARMA

Mitte des 18. Jahrhunderts wird der junge Prinz Ferdinand von Parma, Enkel des französischen Königs, zum Gegenstand eines pädagogischen Experiments. Seine Eltern wollen einen modernen, aufgeklärten Monarchen aus ihm machen und holen dafür die besten Lehrer. Das Experiment soll den Glauben der Zeit an die Macht der Erziehung bestätigen. Doch die Hoffnungen werden bitter enttäuscht.

C. H. Beck, 143 Seiten, 18,50 Euro



Andrea Camilleri WAS IST EIN ITALIENER?

Camilleri warnt uns vor und unternimmt dennoch den Versuch, den Italiener zu portraituren. Entstanden ist eine lesenswerte Beschreibung von Widersprüchen: der Faschismus als Einiger der Nation, die Teilchen des großen Physikers Majorana

ebenso wie ihre Antimaterie als Symbol einer seltsamen Identitätsstiftung, der Wettlauf zum Sieger, das Ideal des Motorino ein ironisches, heiteres, giftiges Symbol des heutigen Italiens.

Verlag Klaus Wagenbach, 80 Seiten, 10,20 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße**
(1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Ehen, Paläste & Mayröcker



Rafael Iglesias
GLÜCKLICHE EHE

Als der 21-jährige Enrique Sabas im Manhattan der 70er auf die drei Jahre ältere Margaret Cohen trifft, weiß er, dass sie die Liebe seines Lebens ist. Doch die Gegensätze könnten größer nicht sein: Er ist ein literarisches Wunderkind, ein eigenbrötlicher Schulabbrecher, wohingegen die lebhaft, attraktive Margaret aus einem bürgerlichen Haushalt kommt und die Emotionalität ihrer Mutter geerbt hat.

Klett-Cotta, 428 Seiten, 23,60 Euro



Horacio Castellanos Moya
DER SCHWARZE PALAST

Der Journalist Periclé sits wegen seiner kritischen Artikel im Kerker, seine Frau Haydee besucht ihn täglich und versorgt ihn mit Informationen und Nahrung. Doch die Situation spitzt sich zu – es kommt zu einem Putsch, der die Familie auseinander reißt: Während Periclé nicht freikommt, organisiert Haydee unter dem Deckmantel von Familienfesten den Widerstand der Frauen.

S. Fischer, 331 Seiten, 20,60 Euro



Steve Toltz VATERMORD UND ANDERE FAMILIENVERGNÜGEN

Die Leiche meines Vaters werden sie nie finden. Mit diesen Worten beginnt Jasper Dean die Odyssee durch die windungsreiche Geschichte seiner Familie. Zeit seines Lebens hat sich Jasper mit der Frage herumgeschlagen, ob er seinen Vater bedauern, ignorieren, ihn verehren oder gar umbringen solle. Vater Martin, ein Moralist ohne gleichen, war Australiens meistgehasster Wohltäter.

Deutsche Verlags-Anstalt, 789 Seiten, 23,60 Euro



Ariel Magnus
EIN CHINESE AUF DEM FAHRRAD

Auf ins Chinesenviertel von Buenos Aires! Die Stadt sucht einen mysteriösen Brandstifter, Fosforito (das Streichhölzchen) genannt, der, so das Gerücht, nach seinen Untaten immer auf einem Fahrrad flüchten soll – er ist ja ein Chinese. Li passt genau ins Bild, und so wird er verhaftet. Bei seiner Verurteilung nimmt er eine Geisel, den Computerfreak Ramiro. Zwischen den beiden entwickelt sich eine Freundschaft.

Kiepenheuer & Witsch, 251 Seiten, 18,50 Euro



Ingeborg Bachmann
KRIEGSTAGEBUCH

»Das ist der schönste Sommer meines Lebens, und wenn ich hundert Jahre alt werde das wird der schönste Frühling und Sommer bleiben. Vom Frieden merkt man nicht viel, sagen alle, aber für mich ist Frieden, Frieden!« Nach Kriegsende notiert die 18-jährige Ingeborg Bachmann diese Zeilen in ihrem Tagebuch. Aus ihnen sprechen die Abscheu vor der NS-Ideologie und die Erleichterung über das Ende der Nazi-Herrschaft.

Suhrkamp, 107 Seiten, 16,30 Euro



Friederike Mayröcker
ICH BIN IN DER ANSTALT

Die »Grande Dame der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur« (Süddeutsche Zeitung) legt eine neue Prosaschrift vor – ein Buch der Betrachtungen von Körperlichkeit und Körperempfinden, ein Tasten nach den ständig sich verschiebenden Grenzen von Innen und Außen, ein Versuch ihrer Auflösung im Moment des Schreibens, radikal und schonungslos: »ich habe die Staubkrankheit, in Eschen laufend, ... «

Suhrkamp, 180 Seiten, 20,40 Euro

Wissenschaft und Umverteilung

Der Wohlfahrtsstaat hat zwei zentrale Verteilungsaufgaben: Erstens im Lebenszyklus, er verteilt also von Phasen der Erwerbstätigkeit und Beitragsleistung auf Perioden von Pension, Krankheit und Arbeitslosigkeit. Zweitens in der Korrektur der Ungleichheit der Verteilung der Markteinkommen auf ein akzeptables Maß.


Diese Umverteilungswirkung erfolgt vor allem über die Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen (Gesundheit, Bildung) und Sozialtransfers (Pensionen, Arbeitslosengelder, Familienleistungen). Wiewohl an alle Bevölkerungsgruppen gerichtet, profitieren von den Leistungen (gemessen am Einkommen) vor allem die kleinen Leute. In deutlich geringerem Ausmaß wird über die öffentlichen Abgaben umverteilt: Zwar gehen von der progressiven Einkommensteuer positive Verteilungswirkungen aus, diese werden aber durch die proportionalen Sozialversicherungsbeiträge und vor allem die Verbrauchssteuern, die stark regressiv wirken, wieder ausgeglichen.

Dieses Bild wurde empirisch immer wieder bestätigt, etwa durch die drei umfassenden WIFO-Studien zur »Umverteilung durch den Staat« in den Jahren 1986, 1995 und 2009, und galt bislang als allgemein akzeptiert.

Nun stellt die Wirtschaftskrise die Verteilungsfrage völlig neu: Einerseits, weil die Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen eine der wichtigsten Ursache der Krise bildet, zum anderen, weil ihre Folgen in einer enormen Ausweitung der Ungleichheit bestehen. Die Verteilungsaueinandersetzungen werden härter. Die Strategie der konservativen Politik in Bezug auf den wachsenden Bedarf an Umverteilung besteht im Wesentlichen darin, ein neues Bild des Sozialstaats zu zimmern: Demnach zahlen ein paar hunderttausend Besserverdiener über enorme Steuerlasten den Sozialstaat, der von der inaktiven Bevölkerung schamlos ausgenutzt wird. Zur Untermauerung dieser These dienen »wissenschaftliche« Studien. Die Aufgabe der Untersuchung von »Johanneum Research«

war es zu zeigen, dass man mit Sozialleistungen besser lebt als von Erwerbseinkommen. Zu diesen Ergebnissen kam die methodisch extrem schwache Studie nicht empirisch, sondern durch Konstruktion von theoretischen Sozialansprüchen (siehe dazu den Beitrag von Chris Berka in der Zukunft 5/2010). Eine zweite Studie im Auftrag des Finanzministeriums, diesmal durchgeführt vom »Institut für Höhere Studien«, kam zum Ergebnis, dass das Steuersystem von den Besserverdienern zu den kleinen Leuten umverteilt.

Diese ist ein überraschendes, allen bisherigen Erkenntnissen widersprechendes Ergebnis und folgt einer Beschränkung auf eine Partialanalyse: In der IHS-Studie werden weder die Verbrauchssteuern (ihr Aufkommen beträgt um ein Drittel mehr als jenes der Lohnsteuer), noch die Pensionsversicherungsbeiträge (sie machen zwei Drittel der SV-Beiträge aus) berücksichtigt. Übrig bleiben nur Lohnsteuer, Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeitrag und damit tatsächlich erhebliche Umverteilung von oben nach unten. In Bezug auf die staatlichen Leistungen werden Gesundheits- und Bildungsleistungen außer Acht gelassen, ebenso die Pensionen. Übrig bleiben die sonstigen Geldleistungen (Familienbeihilfen, Arbeitslosengelder). Damit kommt man zum Ergebnis, dass nur 30% der Bevölkerung Nettoempfänger sind.

Diese beiden Studien werden in der bevorstehenden Verteilungsaueinandersetzung im Zuge der Budgetkonsolidierung von konservativen Medien und Politik stark instrumentalisiert werden. Bedauerlich, dass sich wissenschaftliche Forschungsinstitute vor deren Karren spannen lassen. 

MARKUS MARTERBAUER

arbeitet als Wirtschaftsforscher in Wien.



ZUKUNFT ABONNEMENT

**Kupon ausschneiden
& einsenden an:**
 edition rot GmbH
 Löwelstraße 18
 1014 Wien

Ich bestelle ein ZUKUNFT-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein ZUKUNFT-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____ **Unterschrift:** _____